

17. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses

mehrheitlich mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN
An Plen

Beschlussempfehlung

des Hauptausschusses
vom 2. Dezember 2015

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2400
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltjahre 2016 und 2017
(Haushaltsgesetz 2016/2017 – HG 16/17)**

Austauschseiten im Band 4 – Einzelplan 05
Drucksache 17/2400-1

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

I. a)

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2400 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigelegte Haushaltsgesetz von Berlin für die Haushaltjahre 2016 und 2017 wird für 2016 in Einnahmen und Ausgaben auf 25.660.446.800 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 4.331.893.000 Euro und für 2017 in Einnahmen und Ausgaben auf 26.423.991.900 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 9.463.689.600 Euro festgestellt, und zwar

1. für das Haushaltsjahr 2016

- a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 17.504.559.800 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 4.174.464.000 Euro,
- b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 8.155.887.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 157.429.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans;

2. für das Haushaltsjahr 2017

- a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 18.118.666.500 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 9.405.046.600 Euro,
- b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 8.305.325.400 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 58.643.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.“

2. Dem § 3 Absatz 3 „Gewährleistungsermächtigungen“ wird folgender Satz 3 angefügt:

„Die Übernahme von Bürgschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 sowie jede sonstige Unterstützung der FBB setzen voraus, dass dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zuvor alle angeforderten Unterlagen des Notifizierungsverfahrens bei der EU sowie die Bürgschafts- und sonstigen Unterstützungskonditionen übermittelt sind, sobald sie feststehen.“

3. Dem § 6 „Haushaltswirtschaftliche Sperren“ werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„Alle Maßnahmen im Sinne des § 24 LHO, für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes keine geprüften Bauplanungsunterlagen vorliegen, sind gemäß § 24 Absatz 3 Satz 3 LHO gesperrt; solche mit einem Kostenrahmen über 500.000 Euro, sind gemäß § 22 Satz 3 LHO gesperrt. Satz 2 gilt nicht für Maßnahmen, die über das SIWA finanziert werden.“

4. Nach § 10 wird folgender neuer § 10a eingefügt:

„§ 10a
Regelungen im Zusammenhang mit der Unterbringung
und Versorgung von Flüchtlingen

(1) Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 2930 sind einzelplan- und hauptgruppenübergreifend deckungsfähig, sofern ein sachlicher Zusammenhang zur Integration von Flüchtlingen gegeben ist.

(2) Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 2930 mit Ausnahme des Titels 54802 sind darüber hinaus einzelplan- und hauptgruppenübergreifend deckungsfähig, soweit ein sachlicher Zusammenhang zur Unterbringung und Versorgung nach dem AsylbLG, dem SGB II, dem SGB VIII oder dem SGB XII besteht.“

5. § 11 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsform für Berlin, das zuletzt durch Artikel I § 1 des Berliner Besoldungsneuregelungsgesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306) geändert worden ist, darf im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen und der für das Besoldungsrecht zuständigen Senatsverwaltung eine Zulage gezahlt werden.“

I. b)

Der der Vorlage 17/2400 und 17/2400-1 beigelegte Entwurf des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltjahre 2016 und 2017 einschließlich seiner Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich aus der Anlage ergebenden Änderungen bei Ansätzen, Vermerken und Erläuterungen angenommen.

II.

Ermächtigungen, Ersuchen, Auflagen und
sonstige Beschlüsse aus Anlass der Beratung
des Haushaltsplans von Berlin
für die Haushaltjahre 2016 und 2017
– Auflagen zum Haushalt 2016/2017 –

A. Allgemein

- *1. Der Senat und die Bezirke werden ersucht, bei **über- oder außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen** sowie bei Einnahmeverzichten in grundsätzlichen (d. h. auch bei neuen Baumaßnahmen) oder finanziell bedeutsamen Fällen vorab das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss herbeizuführen. Dies gilt auch, wenn im Laufe eines Haushaltjahres zusätzliche Ausgaben für nichtplanmäßige Dienstkräfte bereitgestellt werden sollen und insoweit eine künftige Erweiterung des Stellenrahmens vorgesehen ist. Dienen die über- oder außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder machen die Umstände sofortiges Handeln erforderlich, ist der Hauptausschuss unverzüglich nachträglich zu unterrichten.
- *2. Die **Anmietung neuer oder zusätzlicher Flächen** darf nur ausnahmsweise erfolgen und bedarf der Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen. Neue oder zusätzliche Flächen dürfen erst nach Zustimmung des Hauptausschusses angemietet, alternativ finanziert oder gekauft werden, wenn Flächenbilanzen für die betreffende Senatsverwaltung bzw. die betreffenden Bezirke vorliegen, die damit verbundenen Aufgaben Priorität haben, nachweislich keine Alternative zum darzustellenden Bedarf besteht und der Vorschlag die kostengünstigste Lösung darstellt. Alle Folgekosten sind einzubeziehen. Entsprechendes gilt für den Tausch von Flächen zwischen Dienststellen. Die Zustimmung des Hauptausschusses ist nicht erforderlich für Anmietungsgeschäfte sowohl für die Senatsverwaltungen als auch für die Bezirke, wenn die Nettokaltmiete 6.000 € monatlich nicht übersteigt oder die Größe der anzumietenden Fläche 1.000 qm nicht übersteigt.

Soweit es um die Anmietung neuer oder zusätzlicher Flächen zum Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen und die Unterbringung der dafür zuständigen Berliner Dienststellen geht, wird dem Senat bis zum Ende der 17. WP in dringenden Fällen gestattet, die zur Wirksamkeit der zugrunde liegenden Verträge erforderliche Zustimmung des Hauptausschusses nachträglich einzuholen. Dringend sind Fälle, soweit eine vorherige Zustimmung des Hauptausschusses wegen der Zeitabläufe nicht möglich ist. Die nachträgliche Zustimmung ist unverzüglich nachzusuchen.

- *3. Alle Senatsverwaltungen werden aufgefordert, jeweils zu den Haushaltsberatungen (1. Lesung) in Übersichten und Stichworten darzustellen, welche **Bundes- und EU-Mittel** (Umfang, Zweckbestimmung, Vergabemodalitäten) verwaltet werden, welche Probleme bei der Inanspruchnahme und beim Mittelabfluss gegebenenfalls auftreten und welche Lösungswege bestehen. Insbesondere darzustellen sind Veränderungen durch die neue EU-Förderperiode (geänderte Richtlinien und Förderkriterien, wegfallende/neu aufgenommene Programme).
 - *4. Der Senat und alle Senatsverwaltungen werden aufgefordert, in **Vorlagen** an das Abgeordnetenhaus und dessen Ausschüsse neben Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung auch die **Gesamtkosten** (einschließlich landeseigener Grundstücke und Flächen) darzustellen. Soweit dies in Einzelfällen wegen fehlender Kosten- und Leistungsrechnungen noch nicht möglich ist, sollen Pauschalsätze der kommunalen Gemeinschaftsstelle angewendet werden.
 - *5. Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, alle Vorlagen für **Drucksachen des Abgeordnetenhauses** auch per E-Mail in dem dafür vom Abgeordnetenhaus vorgegebenen einheitlichen Format in einer Datei zur Verfügung zu stellen. Ohne gültige, formatierte E-Mail-Fassung werden Vorlagen des Senats nicht mehr Drucksache des Abgeordnetenhauses und finden somit auch keine Aufnahme in die Tagesordnungen des Plenums.
- Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, den Schriftverkehr mit den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses durch E-Mail-Fassungen zu ergänzen. Ziel bleibt, so viel wie möglich die Papierform einzusparen. Aus diesem Grund sind Mehrexemplare von Vorlagen an die Ausschüsse grundsätzlich doppelseitig zu bedrucken.
- Alle vom Senat vorzulegenden Berichte über Auflagen, auch die, die an das Abgeordnetenhaus zu richten sind, müssen auch gegenüber dem Hauptausschuss als Bericht vorgelegt werden.
- *6. a) Für jede(n) nicht fristgerecht eingehende(n) Vorlage oder Bericht an den Hauptausschuss und dessen Unterausschüsse kann der Hauptausschuss im Kopfplan der jeweils zuständigen Verwaltung eine pauschale Minderausgabe von 75.000 Euro ausbringen. Dies gilt für inhaltlich unzureichende Vorlagen, für Vorlagen mit haushaltsmäßigen Auswirkungen, die nicht von der Senatsverwaltung für Finanzen mitgezeichnet worden sind, und für Kapitel im Entwurf des Haushaltspans, in denen bei Änderung der Grob- oder Feingliederung die Vergleichsbeträge nicht entsprechend umgegliedert worden sind, entsprechend.

- Diese Minderausgaben werden zur Senkung der Verschuldung eingesetzt.
 - Vorlagen und Berichte liegen nicht rechtzeitig vor, wenn sie nicht zum festgesetzten Termin oder nicht eine Woche vor dem Beratungstermin bis 13.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Hauptausschusses eingegangen sind.
 - Spätestens mit der Einbringung des Haushaltsgesetzes müssen alle zuvor zur Haushaltsberatung angeforderten Berichte in der Geschäftsstelle des Hauptausschusses bzw. in den Geschäftsstellen der jeweiligen Unterausschüsse eingegangen sein, sofern sie nicht ausdrücklich erst zur Beratung eines bestimmten Einzelplans angefordert worden sind.
 - Der Hauptausschuss erwartet, dass in Vorlagen und Berichten bei allen aufgeführten Kapiteln und Titeln die Ansätze des abgelaufenen, des laufenden und – soweit möglich – des kommenden Haushaltsjahres sowie das Ist-Ergebnis des abgelaufenen Rechnungsjahres, die Verfügungsbeschränkungen und die aktuelle Ausschöpfung in einer tabellarischen Übersicht vorangestellt werden.
- b) Der Hauptausschuss erwartet, dass im Betreff von Vorlagen alle vorangegangenen Vorlagen zum gleichen Thema mit „roter Nummer“ genannt werden.
- c) Für die Bezirke beträgt die Höhe der gegebenenfalls auszubringenden pauschalen Minderausgabe in den vorgenannten Fällen 50.000 Euro. Gleches gilt für schwerwiegende Verstöße eines Bezirks gegen Auflagen und Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, des Hauptausschusses oder gegen geltendes Haushaltrecht.
- d) Die Regelung der Absätze a) und c) gelten auch für die Nichteinhaltung sonstiger Auflagenbeschlüsse.
- *7.
- (1) Der Senat wird aufgefordert, die **Wirtschaftspläne für Zuschussempfänger** einschließlich der Betriebe nach § 26 LHO, der Eigenbetriebe, der zentralen Dienstleister BIM GmbH und der Kuratorialhochschulen des Landes Berlin künftig im Haushaltsplan wie folgt darzustellen: Gegenüberstellung der letzten zwei Jahre als Soll-Ist-Vergleich; Grundlage bilden die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.
- (2) Zu den Haushaltsberatungen sind die Wirtschaftspläne der Zuschussempfänger ab einer Höhe des Zuschusses von 100.000 €(ggf. als Entwurf) rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses vorzulegen. Die Fraktionen können bis zu fünf Finanzierungspläne von Zuschussempfängern im Rahmen von Projektförderungen zur Vorlage anfordern. Die Wirtschaftspläne der Betriebe nach § 26 LHO sind über den Hauptausschuss spätestens bis zur 2. Lesung des jeweiligen Einzelplans im Fachausschuss vorzulegen. Der Wirtschaftsplan des ITDZ ist rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen dem Hauptausschuss vertraulich vorzulegen.
- (3) In Jahren ohne Haushaltsberatungen haben alle Einrichtungen, die Zuschüsse ab einer Höhe von 100.000 € aus dem Landeshaushalt erhalten, ihre beschlossenen und ausgeglichenen Haushalt- oder Wirtschaftspläne so rechtzeitig vorzulegen, dass sie spätestens zur letzten Sitzung des Hauptausschusses vor der Weihnachtspause und damit vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres dem Hauptausschuss übermittelt werden können.

(4) Die Wirtschaftspläne enthalten mindestens

- die geplante Bilanzsumme unter Darstellung des Anlagevermögens mit der Summe der Sach- und Finanzanlagen, des Umlaufvermögens mit der Darstellung der kurzfristigen Forderungen, der langfristigen Forderungen und der liquiden Mittel, des Eigenkapitals, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten unterteilt in kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten und der Kapitalzuführungen und
- das geplante Geschäftsergebnis unter Darstellung der Erlöse, des Personalaufwands, des Sachaufwands, der Abschreibungen, der Entnahme aus Rücklagen und der gewährten Zuschüsse unterteilt nach Zuschüssen aus dem Landeshaushalt und Zuschüssen Dritter. Die Zuschüsse aus dem Haushalt sind zu gliedern in institutionelle Förderung und Projektförderung.

(5) Der Senat wird zudem aufgefordert, den vom Land Berlin institutionell geförderten Zuwendungsempfängern folgende Regel verbindlich vorzugeben: Die Pflicht zur Veröffentlichung der Gehälter der Geschäftsführer bzw. bezahlter Vorstände (inklusive Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften) beim Empfänger der Zuwendung ist verbindlicher Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

8. Der Senat wird beauftragt zu berichten, wie sich der aktuelle Stand der **Verwendungs-nachweisprüfung der Zuwendungsempfänger** in den einzelnen Senatsverwaltungen darstellt. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die noch bestehenden Rückstände oder das Wiederaufkommen der Rückstände durch externe Vergaben, eine zentralisierte Bearbeitung der Verwendungs-nachweisprüfung oder eine Qualifizierung und gleichzeitige Vereinfachung der Verwendungs-nachweisprüfung verhindert werden können. Dem Hauptausschuss ist bis zum 30. Juni 2016 zu berichten.

*9. Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, dem Hauptausschuss bei allen Vorlagen zu Investitionsmaßnahmen mitzuteilen, ob die vorhandenen **Richtwerte für Hochbau, Tiefbau oder Grünbaumaßnahmen** eingehalten werden und, falls dies nicht der Fall sein sollte, eventuelle Überschreitungen zu begründen.

*10. Bei der **energetischen Sanierung von Gebäuden** der öffentlichen Infrastruktur des Landes Berlin ist nachzuweisen, dass entsprechende Maßnahmen hinsichtlich technischer Machbarkeit und Amortisationszeiträumen geprüft worden sind.

*11. Der Senat wird aufgefordert, die im § 31 LHO und AV § 31 LHO vorgeschriebenen Angaben zu den **Folgekosten von Investitionsmaßnahmen** künftig in den Erläuterungen zu den einzelnen Maßnahmen im Haushaltsplan abzudrucken. Sollte die BPU und die Folgekostenabschätzung zum Termin der Drucklegung im Ausnahmefall noch nicht vorliegen, so sind die entsprechenden Angaben dem Hauptausschuss in geeigneter Form in einer gesonderten Vorlage vorzulegen.

*12. Die Senatsverwaltungen und die Bezirke haben im Rahmen der Haushaltsaufstellung darzustellen, wie die **gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern** sowie die Förderung von Frauen gegen Benachteiligungen und Diskriminierungen bei der Haushaltsplanaufstellung gemäß Artikel 10 Abs. 3 der Verfassung von Berlin gesichert wird. Dies soll weiterhin in der bewährten Form geschehen. Darauf aufbauend sind die konzeptionellen Weiterentwicklungen aus der AG Gender Budgeting zugrunde zu legen.

Hierzu gehören insbesondere

- die quantitative Ausweitung der Gender-Analyse auf weitere Ausgabefelder und Produkte (Analyse des Ist-Zustandes nach Maßgabe der Verabredungen in der AG Gender Budgeting),
- die Darstellung der genderpolitischen Ziele,
- die Darstellung der Instrumente, mit denen die genderpolitischen Ziele erreicht werden sollen.

Dem Hauptausschuss ist zu den Haushaltsberatungen (1. Lesung) hierzu zu berichten und insbesondere darzustellen, inwiefern in diesem Zusammenhang finanzielle Entscheidungen getroffen wurden.

- *13.
- (1) Der Senat wird aufgefordert, das zentrale Lizenzmanagement auszubauen. Dem Abgeordnetenhaus ist dazu jährlich zum 30. November zu berichten.
 - (2) Zur Weiterentwicklung der **IT-Bestands- und Planungsübersicht** wird der Senat aufgefordert, folgende Grundsätze zu beachten:
 - a) Die IT-Bestands- und Planungsübersicht ist unter Weiterentwicklung der bisherigen Grundsätze fortzuführen. Dabei ist Folgendes zu beachten:
 - Zur Konsolidierung der in der Berliner Verwaltung eingesetzten IT-Anwendungen ist zu gewährleisten, dass die Möglichkeiten der Verwendung von Standardsoftware umfassend genutzt werden und Eigenentwicklungen nur noch in besonders geprüften und begründeten Einzelfällen zum Einsatz kommen.
 - Für Maßnahmen ab einem Ausgabenvolumen von 50.000 Euro sind die Projektblätter inklusive der Ampelbewertung nach dem Vorbild von ServiceStadt Berlin zu verwenden.
 - Bei allen IT-Maßnahmen ist das bereits entwickelte System einer Balanced Score Card mit den Dimensionen Wirtschaftlichkeit einschl. personeller Auswirkungen, Kundenorientierung, Prozessorientierung, Beschäftigtenorientierung und Technologie einzusetzen.
Mit dem Abschluss einer Maßnahme wird dem Parlament zusammenfassend und standardisiert berichtet.
 - b) Vor der Entwicklung eines IT-Fachverfahrens sind durch die Verfahrensverantwortlichen folgende Aspekte zu prüfen und zu dokumentieren:
 - die Möglichkeiten des Einsatzes von Standardsoftware, die auf offenen Standards und offenen Schnittstellen basiert,
 - die Möglichkeiten einer Nachnutzung bereits neu vorhandener IT-Komponenten (z. B. eGovernmentdienste und Software),
 - Abschätzung von Synergiepotenzialen.
- Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass eine solche Prüfung vorgenommen werden kann.

Bei IT-Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen im Einzelfall von mehr als 50.000 Euro ist dem Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit und dem Hauptausschuss über das Ergebnis der Prüfungen zu berichten.

- c) Die Bestandsübersichten zu IT-Anwendungen müssen künftig Angaben zu folgenden Merkmalen enthalten: Verfügbarkeit und Offenheit des Quellcodes, offene Dokumentenformate, Plattformunabhängigkeit, standardisierte und offene Schnittstellen.
- d) Die Fortschreibung der IT-Bestands- und Planungsübersicht ist – unabhängig von den Haushaltsberatungen – dem Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit jährlich jeweils bis zum 31. August vorzulegen.
14. Der Senat wird aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, wie die **Digitalisierung** unserer Gesellschaft in Verwaltung, Landesunternehmen und Wirtschaft für die notwendige ökologische Transformation genutzt werden kann und so die positive Entwicklung der Berliner Wirtschaft weiter vorantreibt.
- Dabei sind insbesondere aus folgenden Themenkomplexen Handlungsempfehlungen abzuleiten:
1. Die Digitalisierung der Verwaltung als Grundlage für eine moderne, effektive Kommunikation mit der Bevölkerung und den Unternehmen der Stadt.
 2. Open Data und Big Data in Verwaltung und Landesunternehmen als Schnittstelle und Grundlage für die Entwicklung innovativer Prozesse.
 3. Die Beschleunigung und Intensivierung des Wissenstransfers zwischen Startup-Branche, Wissenschaft, Forschung und Berliner Unternehmen als Grundlage für die Produktentwicklung.
 4. Öffentliche Beschaffung als Innovationsmotor nutzen.
 5. Ein Smart City Leitbild für die Stadtplanung und -entwicklung.
- Bei der Erstellung sind die vom Senat bereits initiierten Gremien einzubinden und es ist eine Struktur zu entwickeln, in der Federführung und Aufgabenverteilung für das ressortübergreifende Thema „Digitalisierung“ klar geregelt werden. Dem Hauptausschuss ist bis zum 30. Juni 2016 zu berichten.
- *15. Der Senat wird aufgefordert, im Bereich der **IT-Technik** folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- die Aussagekraft des IT-Sicherheitsberichts zu verbessern und darüber im vorzulegenden IT-Sicherheitsbericht zu berichten.
 - den IT-Sicherheitsbericht in Zukunft auch dem Abgeordnetenhaus vorzulegen.
 - zum Haushaltssplanentwurf 2018/19 zu berichten, welche Mittel im Haushalt für Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit vorgesehen sind.
 - rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen 2018/19 einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, welcher Investitionsbedarf für eine flächendeckende Umsetzung der IT-Sicherheitsgrundsätze in der Verwaltung (Erstellung von aktuellen Sicherheitskonzepten, Umsetzung von notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit) bestünde.
 - bei der Konzeption des standardisierten IT-Arbeitsplatzes das Ziel zu berücksichtigen, eine möglichst einfache und standardisierte Möglichkeit zur verschlüsselten Kommunikation in und mit der Verwaltung zu schaffen. Die vorhandenen Möglichkeiten des ITDZ sind dabei zu berücksichtigen.
 - bei zukünftigen Betriebssystembeschaffungen bei der Entscheidung zwischen offenen und proprietären Systemen neben wirtschaftlichen auch sicherheits-

technische Erwägungen zu berücksichtigen und aufzuzeigen, wie mittel- bis langfristig die entgegenstehenden Abhängigkeiten möglichst bereits im Vorfeld einer Neubeschaffung abzubauen sind.

Der Senat wird beauftragt, jährlich, erstmals zum 30. Mai 2016, über die Umsetzung der Berliner E-Gouvernement-Strategie (BEGS) und des E-Gouvernement-Gesetzes (Drs. 17/2513) zu berichten sowie die Weiterentwicklung elektronischer Behördengänge und den Einsatz moderner Informationstechnik in der Berliner Verwaltung darzustellen.

- *16. Der Senat wird aufgefordert, regelmäßig zu den Haushaltsberatungen einen **Bericht zu den aktuellen hauptstadtbedingten Ausgaben** des Landes Berlin vorzulegen. Dort, wo eine Mitfinanzierung des Bundes besteht, ist diese auszuweisen. Der Bericht soll einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung und den Inhalt des rechtlichen Regelwerkes zur Hauptstadtfinanzierung enthalten.
 - *17. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird aufgefordert, jährlich – nach Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres – über die **Entwicklung der Personalkosten und der Vollzeit-Äquivalente** in den Jahren 2012 bis 2017 in der Hauptverwaltung und den Bezirken zu berichten.
 - *18. Die Auflösung der in den Einzelplänen zur Gegenfinanzierung der Haushaltsbeschlüsse des Hauptausschusses eingestellten **Pauschalen Minderausgaben (PMA)** kann im Verlaufe des Haushaltsjahres auch in wechselnden Titel nachgewiesen werden.
 - *19. Haushaltstitel, die im Zuge der Haushaltsberatungen vom Parlament erhöht worden sind, sind nicht zur Auflösung der jeweiligen vom Parlament beschlossenen **Pauschalen Minderausgaben** heranzuziehen.
 - *20. Das Abgeordnetenhaus erwartet von der Senatsverwaltung für Finanzen jährlich zum Stichtag 31. Dezember einen Bericht über die vorgenommenen **Außeneinstellungen in den Senatsverwaltungen und den Bezirken**.
- Das Abgeordnetenhaus erwartet von der Senatsverwaltung für Finanzen jährlich einen Bericht über befristete Einstellungen, Verlängerungen und Entfristungen im Verhältnis zu den Gesamtzahlen der Einstellungen in den jeweiligen Organisationseinheiten (Senatsverwaltungen und Bezirke).
- *21. Der Senat wird aufgefordert halbjährlich mit Stichtag zum 30. Juni und 31. Dezember auf der Basis der Fortschreibung des **Personalbedarfskonzepts** des Senats für jedes Ressort einschl. nachgeordneter Einrichtungen ein Konzept über den Sollstellenbestand für die einzelnen Abteilungen vorzulegen. Dabei sind auch die Ausscheidenzahlen in den einzelnen Bereichen sowie die beabsichtigten Nachbesetzungen bis 2022 mit der Angabe der Tarifgruppierung und zu ggf. vorhandenen Befristungen darzustellen.

In den heute bereits erkennbaren „Mangelberufen“ (z. B. ärztliche Dienste, Ingenieure etc.) ist der Senat aufgefordert, spätestens bis zu den Haushaltsberatungen 2018/19 ein Konzept zur verstärkten Einwerbung von Personal zu entwickeln.

Der Senat wird gebeten, für die Ressorts und Bezirke eine auf den Auswertungen der Statistikstelle Personal basierende tätigkeitsbezogene Ausscheidensprognose (Fluktuationsprognosen für die Hauptverwaltung und die Bezirke) zu erstellen (und den Nachbesetzungsbedarf – unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen und Evaluationsergebnisse – in Zusammenarbeit mit den Senats- und Bezirksverwaltungen darzustellen).

Der Senat wird zudem aufgefordert, das Erreichen der Ziele des Gesundheitsberichtes und des Fortbildungsberichtes darzulegen.

Der Senat wird aufgefordert, die Bündelung der Personalaktenführung der gesamten Hauptverwaltung fortzusetzen und dort anzusiedeln, wo die Aufgabe am preiswertesten und effektivsten erledigt werden kann. Als Orientierung dienen die bisherigen Benchmarks.

22. Der Senat wird aufgefordert, eine zügige und schnelle **Besetzung von freien Stellen** zu gewährleisten und bis zum 31. März 2016 darzulegen, wie unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben über die Prüf- und Beteiligungsverfahren, die Verfahrensabläufe (z. B. Präklusivfristen, parallele Beteiligung) optimiert werden können.

*23. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils zum Stichtag 31. März darzustellen, in welchem Umfang die für den öffentlichen Dienst zur Verfügung gestellten **Ausbildungsmittel** für eine Ausbildung in zukunftsträchtigen Ausbildungsberufen ausgeschöpft wurden.

Darüber hinaus ist dem Hauptausschuss zum Stichtag 31. März Bericht über die dem "Solidarfonds" zugeflossenen nicht verausgabten Ausbildungsmittel und ihre Verwendung im Rahmen des solidarischen Finanzausgleichs zu erstatten.

In diesem Zusammenhang ist auch über die befristeten sowie unbefristeten Übernahmen von Auszubildenden im Anschluss an die Ausbildung zu berichten.

*24. Der Senat wird aufgefordert, das Instrument der **Leistungsprämien** als wichtigen Baustein von Personalförderungskonzepten auszubauen und die Verordnung für Beamtinnen und Beamte für alle Verwaltungen des Landes verbindlich zu regeln und die Finanzierbarkeit von Leistungsprämien in den zukünftigen Haushalten abzubilden. Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, im Rahmen des Berliner Beamtenneuregelungsgesetzes leistungsbezogene Besoldungselemente und in den zukünftigen Verhandlungen von Tarifverträgen eine Rechtsgrundlage für die Zahlung von Leistungsprämien aufzunehmen.

*25. Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, dem Hauptausschuss und dem zuständigen Fachausschuss des Abgeordnetenhauses einmal jährlich zum 30. Juni, beginnend mit dem Jahr 2016, über den Stand des gesamtstädtischen Fach- und Finanzcontrollings und der Fortschreibung der Zielvereinbarung für 2015 – 2017 zum **SGB VIII** zu berichten.

Der Senat wird aufgefordert, zusätzlich jeweils zum 30. Juni (Stand 31. Dezember des Vorjahres) über den Stand der Realisierung der zwischen der Senatsver-

waltung und den Bezirken am 16. Oktober 2009 geschlossenen Zielvereinbarung über die Einführung eines standardisierten Fachcontrollings Hilfe zur Erziehung (HzE) nach SGB VIII in den bezirklichen Geschäftsbereichen Jugend und auf gesamtstädtischer Ebene in der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung zu berichten.

Der Hauptausschuss erwartet von den Bezirken, dass sie die zugewiesenen Mittel für fallunspezifische Arbeiten/Fallteamarbeit in Höhe von jeweils 150.000 Euro auch tatsächlich für diese Zwecke ausgeben und jeweils - durch die für Jugend zuständige Senatsverwaltung zusammengefasst - bis zum jeweiligen Jahresende dem Hauptausschuss berichten.

Die Bezirke sind verpflichtet, ein Fach- und Finanzcontrolling umzusetzen (Drucksache 16/2474). Die Zielvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft mit den Berliner Bezirken bildet hierfür die Grundlage. Dazu ist es erforderlich, auf wissenschaftlicher Grundlage und einer vereinheitlichten Datenbasis eine Fallbetrachtung mit ihren Ziel-Wirkungsbeziehungen flächendeckend durchzuführen und entsprechende Verfahren in allen Bezirken gleichermaßen zu installieren.

Vor diesem Hintergrund ist eine unabhängige, fallbezogene Revision (Prüfung von Umfang und Qualität der Hilfen) im Rahmen des Fach- und Finanzcontrollings des Jugendamtes generell ein- und durchzuführen. Schwerpunkt ist die einheitliche Qualifizierung der Entscheidungsprozesse im Jugendamt.

Darüber hinaus soll evaluiert werden, inwiefern präventive Arbeit zu einer Reduzierung von Fällen führt oder führen kann und wie diese in der KLR abgebildet werden kann, ohne dass dadurch den entsprechenden Bezirken Nachteile entstehen.

Der Senat wird aufgefordert, die Änderungen im Budgetierungs- und Zuweisungsverfahren im Hinblick auf deren Auswirkungen auf eine beabsichtigte Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten prozessbegleitend von Beginn an zu evaluieren und dem Hauptausschuss über die Ergebnisse jährlich, erstmals zum 30. Juni 2017, im Rahmen der Berichterstattung über das Fachcontrolling, zu berichten.

Der Senat wird aufgefordert, durch ein geeignetes Verfahren schnellstmöglich sicherzustellen, dass der finanzielle und personelle Mehraufwand, der den Bezirken im Bereich HzE / Eingliederungsmaßnahmen durch die Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingsfamilien mit Kindern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen entsteht, erfasst wird und diese Mehraufwendungen vollständig durch Basiskorrektur finanziert werden.

- *26. Der Senat wird aufgefordert, im Bereich der Leistungen „Bildung und Teilhabe“ (**BuT**) über die Inanspruchnahme und Ausgabenentwicklung (einschließlich der Verwaltungsaufwendungen) auf Landes- und Bezirksebene jährlich zum 31. März zu berichten.

- *27. Die **Veranschlagungen nach § 24 Abs. 3 LHO** sind zukünftig auf einzelne Ausnahmefälle zu beschränken.

Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, die Aufhebung der nach § 24 Abs. 3 LHO gesperrten Ausgaben und/oder Verpflichtungsermächtigungen durch den Hauptausschuss mit einem Bericht über das Prüfergebnis der BPU gesondert zu beantragen. Mit diesem Bericht ist sowohl die Notwendigkeit der Baumaßnahme zu begründen als auch der Berlin, bei einem Verzicht der Baumaßnahme, erwachsende Nachteil darzustellen. Ferner muss der Bericht eine Darstellung der zu erwartenden Nutzungskosten (Betriebs- und Instandsetzungskosten gemäß Vordruck SenStadtUm III 1323.H F; wo keine Kostenrichtwerttabellen von SenStadtUm vorhanden sind, können ersatzweise normierte Richtkostenvergleichswerte verwendet werden) und daraus abgeleitet eine Bestätigung der Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme enthalten. Betragliche Abweichungen sind synoptisch darzustellen und zu begründen.

- *28. Der Senat wird aufgefordert, jährlich über den Bestand und den Stand der **Clustering im Liegenschaftskataster der Landes- und bezirklichen Immobilien und Liegenschaften** auf Grundlage der Ergebnisse der Portfolioanalyse zu berichten, erstmals zum März 2016.
29. Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. Juni über die **Schaffung von Wohnraum** inklusive des Planungsstands im Rahmen der Sachwerteinlage durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu berichten.
- *30. Das Abgeordnetenhaus erwartet, dass das **Grundstück Fabeckstraße 62** in Steglitz-Zehlendorf zukünftig für ein Technologie- und Gründungszentrum genutzt wird. Zu diesem Zweck ist das Grundstück unverzüglich aus dem Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds herauszulösen und in das Vermögen der WISTA Management GmbH, bzw. deren Tochterunternehmen IZBM GmbH einzubringen. Dabei ist dinglich zu sichern, dass das Grundstück keinem anderen Zweck zugeführt wird und andernfalls zurückfällt. Hierüber ist dem Hauptausschuss bis zum 1. August 2016 zu berichten.
31. Der Senat wird aufgefordert, zur Verwendung der Mittel im Titel 68627 – Zuschüsse für besondere kulturelle, touristische und sportbezogene Projekte – in den Kapiteln 0310, 0510 und 1320 jeweils zum 30. Juni dem Hauptausschuss einen Bericht vorzulegen.

B. Zu den Einzelplänen des Haushaltsplans

Einzelplan 01 - Abgeordnetenhaus

32. Der Präsident des Abgeordnetenhauses wird gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 30. August 2016 zu berichten, wie die gestiegenen Stellenanforderungen in den **Vergütungsgruppen E3-E5** in einer Neueingruppierung berücksichtigt werden können.

Einzelplan 03 – Regierende/r Bürgermeister/in –

- *33. Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus alle zwei Jahre zum 31. Oktober einen Fortschrittsbericht über die **Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin** sowie die weitere Zusammenlegung von Behörden und Sonderbehörden vorzulegen. Erreichte Synergieeffekte sind darzustellen.
- *34. Der Senat wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag beim Bund für die institutionelle Förderung der **Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.** insbesondere in Bezug auf das Archiv der DDR-Opposition einzusetzen. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2016 zu berichten.
35. Der Senat wird aufgefordert, über die finanzielle und arbeitsrechtliche Situation im **Filmhaus Babylon** (Neue Babylon Berlin GmbH) dem Hauptausschuss unverzüglich und regelmäßig, insbesondere zum Stand des Insolvenzverfahrens, zu berichten.
36. Der Senat wird aufgefordert, den Vertrag mit der **dotBERLIN GmbH & Co. KG** zu überarbeiten und dem Abgeordnetenhaus über das Ergebnis bis Ende Februar 2016 zu berichten. Ziel soll sein, unter Ausnutzung der rechtlich vorhandenen Möglichkeiten, eine Insolvenz des Unternehmens zu vermeiden.
37. 1. Die **Musicboard GmbH** berichtet einmal im Jahr über die Schwerpunkte der Förderung und die damit verfolgten Ziele.
2. Der Beirat der Musicboard GmbH erstattet ebenfalls jährlich einen Bericht.
3. Die über den Haushaltstitel der Musicboard GmbH finanzierte Berlin Music Commission unterliegt hinsichtlich der Finanzierung ihrer Projekte keinen inhaltlichen Vorgaben durch die Musicboard GmbH.
- Dem Hauptausschuss ist hierzu erstmalig zum 1. Mai 2016 zu berichten.“
38. Für die in den Jahren 2016 und 2017 beim Medienboard nachgewiesenen Mittel aus der **Funkfrequenzversteigerung** in Höhe von jeweils 3 Mio. Euro legt der Senat dem Hauptausschuss ein Konzept für die beabsichtigte Mittelverwendung bis zum 1. März 2016 vor.

Einzelplan 05 – Inneres und Sport –

- *39. Der Senat wird aufgefordert, den Bericht über die **Entwicklung der Versorgungsausgaben** jeweils zu Beginn der Haushaltsberatungen dem Hauptausschuss vorzulegen.
- *40. Der Senat berichtet dem Abgeordnetenhaus unter Wahrung der bisherigen Berichtssystematik jährlich mit Stichtag (Istzahlen) 30. Juni bis zum 30. September des lfd. Jahres über den Fortschritt der Umsetzung des Programms **Service Stadt Berlin**.

- *41. Der Senat wird beauftragt, auf der Grundlage der veränderten Verfahrensweise (siehe Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 15/5541) dem Hauptausschuss einen Bericht jährlich zum 28. Februar über das **Sportstättensanierungsprogramm** vorzulegen, aus dem hervorgeht:
- Stand der Umsetzung für das laufende Kalenderjahr,
 - umverteilte Mittel nach dem 31. Juli,
 - Planungsstand für das folgende Kalenderjahr und
 - Abschätzung des weiterhin bestehenden Sanierungsbedarfs.
42. Das Abgeordnetenhaus erwartet, dass in den **Bürgerämtern** die personelle Ausstattung mindestens auf dem Stand des Haushaltsplans 2016/17 – einschließlich der in Kapitel 0500 zentral veranschlagten Beschäftigungspositionen – sichergestellt wird und in diesem Bereich keine weiteren Personaleinsparungen erfolgen. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird aufgefordert, bis zum 31. Mai 2016 über strukturelle Optimierungsmöglichkeiten der Bürgerämter zu berichten.

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –

- *43. Zu den Kapiteln
- 06 11 bis 06 13 - Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft
 - 06 15 bis 06 31 - Zivil- und Strafgerichtsbarkeit
 - 06 32 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg
 - 06 41 und 06 42 – Verwaltungsgerichtsbarkeit
 - 06 51 – Sozialgericht
- Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz wird ersucht, dem Hauptausschuss für die vorgenannten Bereiche jährlich bis zum 31. August über die **Geschäftsentwicklungen und die Verfahrensdauern** jeweils mit Angabe der Vergleichszahlen der beiden Vorjahre und der durchschnittlichen Entwicklungen im Bundesgebiet zu berichten.
- *44. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz wird aufgefordert, jährlich bis zum 31. Januar, erstmals 2016, über die Beförderungen in den **Besoldungsgruppen A6, 7, 8, und 9 im Justizvollzug** zu berichten.
- *45. Durch die Senatsjustizverwaltung ist ein Bericht über die Umsetzung des Schulungskonzepts vorzulegen, indem dargestellt wird, wie in den Jahren 2016 und 2017 eine umfassende **Schulung von nichtrichterlichem Personal, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Richterinnen und Richtern** in IT-Grundlagen-, IT-Aufbau- bzw. IT-Schwerpunktseminaren erfolgt.
Der Bericht ist dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses bis zum 30. November 2016 vorzulegen.
46. Der Senat wird aufgefordert, die **Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität** in den Senatsverwaltungen besser zu vernetzen und eine engere und intensivere Zusammenarbeit der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, sowie der Finanzermittler- und Steuerfahndung zu organisieren. Der Senat erstellt hierzu ein Konzept, welches dem Abgeordnetenhaus zum 1. Mai 2016 vorzulegen ist. Darüber hinaus wird der Senat gebeten, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

dass die rechtlichen Voraussetzungen für Kontrollen schon bei ersten Verdachtsfällen (Beweislastumkehr) vollzogen werden.

47. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei Beibehaltung eines Landgerichts die Strukturen und die räumliche **Unterbringung des Landgerichts Berlin** durch eine Konzentration des Rechtssprechungsbereichs am Standort Littenstraße und des Verwaltungsbereichs (u.a. IT, Personal, Referendare) am Standort Tegeleer Weg optimiert werden können. Dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung ist über das Ergebnis der Prüfung bis zum 30. Juni 2016 zu berichten.
48. Der Senat wird aufgefordert, die Einrichtung von Anlagen zur **Mobilfunkunterdrückung** in die Planungen für den Neubau der Teilanstalt I der Justizvollzugsanstalt Tegel und die Grundsanierung der Teilanstalt II der Justizvollzugsanstalt Moabit einzubeziehen.
49. Der Senat wird aufgefordert, Maßnahmen auf der Grundlage des von Berlin mit unterzeichneten **Urban Food Facts** in Höhe von bis zu 50.000 Euro zu fördern. Dazu gehört zum Beispiel die Absicherung des bereits gegründeten Food Councils. Über die aus dem Kapitel 0608 / Titel 68475 – Förderung der Verbraucher- aufklärung – geförderten und geplanten Maßnahmen ist bis zum 29. Februar 2016 zu berichten.

Einzelplan 09 – Arbeit, Integration und Frauen –

- *50. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen wird ersucht, dem Hauptausschuss jährlich bis zum 31. August über die **Geschäftsentwicklung und die Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit** jeweils mit Angabe der Vergleichszahlen der beiden Vorjahre und der durchschnittlichen Entwicklungen im Bundesgebiet zu berichten.
51. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen wird gebeten, dem Hauptausschuss jährlich bis zum 28. Februar über die Kriterien und Aufteilung der Mittel für den **Karneval der Kulturen** zu berichten sowie den Stand der Prüfung der Verwendungsnachweise darzulegen. Darüber hinaus wird die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen ersucht, dem Hauptausschuss zum 31. Januar 2016 einen Bericht über die Umsetzung des Konzepts zum Karneval der Kulturen und der Trägerschaft vorzulegen.

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Wissenschaft –

- *52. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus jährlich, erstmalig zum 31. Januar 2016 über die Umsetzung der **Maßnahmen im Bonus Programm** und der Mittelverteilung auf die Schulen zu berichten.

- *53. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus jährlich zum 31. Dezember über die **Umsetzung des Kindertagesstättenausbauprogramms** und die Qualitätsverbesserungen der Betreuung zu berichten. Darin soll ausgehend vom Bestand (Anzahl der Kitaplätze, Versorgungsgrad, Mangelbereiche/-regionen, Prognosen für die Folgejahre) die Bedarfsentwicklung und der voraussichtliche Fachkräftebedarf dargestellt werden. Darüber hinaus soll dargestellt werden, in welchen Bezirken und in welchem Umfang Plätze für Kinder von Flüchtlingen aufgebaut wurden.
- *54. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus jährlich zum 31. Januar über die **Umsetzung des Kita- und Spielplatzsanierungsprogramms (KSSP)** zu berichten.
- *55. (1) Der Senat wird aufgefordert, einen Bericht über die **personelle Ausstattung der Berliner Schulen** zu Beginn jedes Schuljahres (aufgeschlüsselt nach Schulstufen und Bezirken) dem Hauptausschuss vorzulegen.
(2) Der Senat wird aufgefordert, einen Bericht über die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur und die geplante Umsetzung zu Beginn jedes Schuljahres (aufgeschlüsselt nach Schulstufen und Bezirken) dem Hauptausschuss vorzulegen.
- *56. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2016 einen Bericht über die Fortsetzung und den Ausbau eines **einheitlichen IT-Systems für die Berliner Schulen** vorzulegen. Der Bericht ist dem Hauptausschuss vorzulegen.
- *57. Der Senat wird beauftragt, zum 31. Dezember 2016 einen Bericht über die Fortführung der **Kooperation der Schulen mit Sportvereinen**, einschließlich der Weiterführung des Kooperationsprojekts „Profivereine machen Schule“ vorzulegen.
- *58. Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken als Träger der **Kita-Eigenbetriebe** eine laufende Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Eigenbetriebe im Hinblick auf die Auskömmlichkeit der zugewiesenen und eingestellten Mittel vorzunehmen und dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses regelmäßig in Form eines Geschäftsberichtes zum 30. Juni zu berichten.
59. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird aufgefordert, bis zum 29. Februar 2016 zu berichten, wie die Angleichung der Ausstattung an den **7. Klassen der Gymnasien** an die Ausstattung der Integrierten Sekundarschulen (ISS) zum neuen Schuljahr gewährleistet wird.
- *60. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft sowie die Senatsverwaltung für Inneres und Sport werden aufgefordert, in Verbindung mit den jeweils zuständigen Senatsverwaltungen die beabsichtigten Maßnahmen des **Schul- und Sportanlagensanierungsprogramms** mit Maßnahmen, die aus anderen Programmmitteln finanziert werden, aufeinander abzustimmen und dabei den Einsatz dieser Programmmittel, zu prüfen.
Zudem ist unterjährig dafür Sorge zu tragen, dass durch die Mittel für das Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm keine baulichen Mittel der Bezirke substituiert werden. Dem Hauptausschuss ist jährlich zum 31. Januar zu berichten.

*61. Die Gliedkörperschaft Charité - Universitätsmedizin Berlin - wird aufgefordert, ihren Wirtschaftsplan jährlich vorzulegen. In Jahren ohne Haushaltsberatungen ist der Wirtschaftsplan so rechtzeitig vorzulegen, dass er spätestens zur ersten Sitzung des Hauptausschusses im neuen Kalenderjahr übermittelt werden kann.

Die Charité wird aufgefordert, die Schließung oder Verlagerung von medizinischen Versorgungsbereichen, Zentren oder Forschungsbereichen dem Hauptausschuss vorab zur Kenntnis zu geben und fachlich sowie hinsichtlich der Auswirkungen auf die Standorte zu begründen.

Die Charité wird aufgefordert, über den Stand des Neubaus einer Rettungsstelle am Campus Benjamin Franklin (CBF) bis zum 31. Mai 2016 zu berichten.

Der Senat wird beauftragt, über den Fortgang des BIG jährlich zum 30. Juni zu berichten.

62. Der Senat wird aufgefordert, jährlich per 31. Januar über Aufbau und Umsetzung der **Jugendberufsagenturen** in den Bezirken zu berichten.

63. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 31. März 2016 einen Bericht zur Umsetzung der pro Bezirk neu gewährten **IT-Experten für Schulen** vorzulegen.

64. Der Senat wird aufgefordert, über die grundsätzliche Ausrichtung der neu abzuschließenden **Hochschulverträge** ab 2018 rechtzeitig, jedoch spätestens bis zum 31. Mai 2017, vorab dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Wissenschaft zu berichten.

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales –

65. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zum 30. Juni 2016 eine Fortschreibung des Berichts zum **Notfallfonds zur Finanzierung von Entbindungen** bei nicht krankenversicherten Unionsbürgerinnen in prekären Verhältnissen vorzulegen.

*66. Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass beim Landesamt für Gesundheit und Soziales die **Bearbeitungszeit im Schwerbehindertenbereich** bei maximal 10 v.H. der Anträge eine Bearbeitungszeit von mehr als sechs Monaten beträgt. Die Initiativen zur Vereinfachung des Bundesrechts (Reduzierung der Zahl der Abstufungen) sind fortzusetzen. Über die weiteren notwendigen Verfahrensänderungen und Ausstattungsveränderungen zur Erreichung dieses Ziels ist dem Hauptausschuss ein Fortschrittsbericht bis zum 30. Juni 2016 vorzulegen.

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung und Umwelt –

*67. Der Senat wird aufgefordert, für die **städtischen Sanierungsgebiete** jährlich zum 30. September eine Kosten- und Finanzierungsübersicht – analog zur Kosten- und Finanzierungsübersicht der Entwicklungsgesetze – zu erstellen und dem Hauptausschuss vorzulegen.

Der Senat und die Bezirke werden darüber hinaus aufgefordert sicherzustellen, dass bei der **Aufhebung von Sanierungsgebieten** die volle Abrechnung und Einziehung von Ausgleichsbeträgen gewährleistet wird. Dazu ist dem Hauptausschuss jährlich zum 30. September zu berichten und das abgestimmte und vorgelegte Konzept fortzuschreiben.

- *68. Der Senat wird aufgefordert, über die Arbeitsergebnisse der **Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe** jeweils zum Februar zu berichten.
 - *69. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss nachträglich einmal jährlich nach Abschluss der Beratungen der Quartiersräte in der zweiten Jahreshälfte über die konkreten Maßnahmen und Projekte ab einer Größenordnung von 50.000 Euro zu berichten. Soweit sich daraus Erkenntnisse ergeben, die Korrekturen erforderlich machen, können die Förderbedingungen des Programms im darauf folgenden Jahr entsprechend angepasst werden.
- Die Bezirke werden aufgefordert einmal jährlich darzustellen, in welcher Weise die jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) in die Auftragsvergabe des **Quartiersmanagements** einbezogen wurden. Die Stellungnahmen der jeweiligen BVV sind ggf. beizufügen.
- *70. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss fortlaufend und regelmäßig, mindestens jedoch jährlich zum 1. April, über die **Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Regierungsviertel** zu berichten. Dabei sollen die jährlich neu zu beginnenden Maßnahmen und deren Planrechtfertigung, der Sachstand der im Bau befindlichen Maßnahmen und ggf. Gründe für relevante Kostenüberschreitungen dargestellt werden.
 - *71. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zur 1. Lesung des Einzelplans 12 der Haushaltsberatungen 2018/2019 eine **Übersicht über die konkreten Planungsvorhaben** und ihren jeweiligen Stand vorzulegen.
 - *72. Über den Entwicklungsstand der baulichen Umsetzungen der Baumaßnahme für die **Hochschule für Schauspielkunst** ist dem Abgeordnetenhaus halbjährlich qualifiziert zu berichten.
 - *73. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils bis 30. Juni detailliert über die Planungen und Entwicklungen des **Flughafenareals in Tempelhof** inklusive des Flughafengebäudes zu berichten.

Die Wirtschaftspläne sind jährlich vorzulegen. In Jahren ohne Haushaltsberatung ist der Wirtschaftsplan so vorzulegen, dass er rechtzeitig zur letzten Sitzung des Hauptausschusses vor der Weihnachtspause und damit vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres dem Hauptausschuss übermittelt werden kann.

- *74. Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. Oktober dem Hauptausschuss einen Bericht über die Ausgaben aus Kapitel 12 70 Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs und Titel 54081 Leistungen des S-Bahnverkehrs – des jeweiligen Vorjahres vorzulegen. Der Bericht soll die tatsächlich erbrachten **Verkehrsleistungen** aus den jeweiligen Verkehrsverträgen, Veränderungen des Linien- und Haltestellennetzes mit Begründung der Entscheidungen, Veränderungen der Takt- bzw. Betriebszeiten, die Ergebnisse des Qualitätsmonitorings, eventuell vorgenommene Abschläge wegen Minderleistungen und die Entwicklung der Fahrgastzahlen sowie die geleisteten Zahlungen des Landes an die jeweiligen Vertragspartner enthalten.
- *75. Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. Oktober dem Hauptausschuss einen Bericht über die Erfüllung des **Verkehrsvertrages mit der BVG** sowie die Entwicklung des landeseigenen Unternehmens BVG ähnlich dem bisherigen Monitoring zu geben. Der Bericht soll Angaben zur erbrachten Verkehrs- und Betriebsleistung bei Bus, U- und Straßenbahn, Veränderungen des Linien- und Haltestellennetzes, Veränderungen der Betriebs- bzw. Taktzeiten, Entwicklung der Fahrgastzahlen, Entwicklung der Fahrpreise, Verwendungsnachweis für Leistungen zur Unterhaltung der Infrastruktur nach Unternehmensvertrag, Darstellung des Qualitätsmonitorings, Entwicklung der Verbindlichkeiten des Unternehmens, Entwicklung der Sach- und Personalkosten, Darstellung der Investitionen und Sanierungsmaßnahmen enthalten.
- *76. Der Senat wird aufgefordert, im Benehmen mit der BVG sicherzustellen, dass die Maßnahmen für einen **behindertengerechten bzw. familienfreundlichen Ausbau von U-Bahnhöfen** fortgesetzt werden und auch barrierefreie Übergänge von und zum Bus bzw. der Straßenbahn enthalten sind. Dies ist ggf. im Rahmen des Verkehrsvertrages zu vereinbaren. Dem Hauptausschuss ist jährlich zum 30. Juni zu berichten.
77. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 30. Juni 2016 über den Stand der Machbarkeitsstudie **Radschnellwege** zu berichten.
- *78. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss halbjährlich einen Bericht über den voraussichtlichen **Mittelabfluss und die Einnahmeerwartung in den Kapiteln 12 40 und 12 95** (Programmmittel Wohnungsbauförderung) vorzulegen. Darin soll dargestellt werden, bei welchem Titel voraussichtlich mehr als 500.000 Euro nicht benötigt werden. Verlagerungen von mehr als 500.000 Euro aus einzelnen Titeln sind dem Hauptausschuss grundsätzlich vorab vorzulegen. Der Hauptausschuss kann nachträglich unterrichtet werden, wenn dieser Sach-verhalt lediglich durch die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Bund oder gegenüber der IBB aufgrund bestehender Deckungsmitteilungen bedingt ist.
- *79. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils zur ersten Lesung der Haushalte die Finanzierungen und Folgelasten aller aus den Kapiteln 1240 und 1295 zu finanzierten Förderprogramme in einer „**Programmfibel**“ darzustellen.
- Hinsichtlich der bereits abgeschlossenen Wohnungsbauprogramme sind – soweit hieraus noch Ausgaben zu leisten sind – die Leistungen nach Förderungswegen

und Förderungsarten (z. B. Aufwendungsdarlehen, Aufwendungszuschüsse, Bau-
darlehen) kumuliert und differenziert darzustellen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird aufgefordert, je-
weils vor Beginn der Haushaltsberatungen über die Entwicklung der Sozialwoh-
nungsbestände (Bestand im Vorjahr, Zugänge, Abgänge, Bestand am Ende des
Vorjahres) in den Bezirken zu berichten.

Der Senat wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem jeweils zu erwarteten
Baubeginn und dem Bauende bei allen künftigen Planungen die Position „Unvor-
hergesehenes“ generell realistischer als bisher üblich anzusetzen. Darüber hinaus
ist zukünftig bei der Vorlage der Bauplanungsunterlagen und sonstigen Vorlagen
zur Finanzierung von Baumaßnahmen eine Erklärung vorzusehen, die die Kosten
im Zusammenhang mit allen rechtlichen Anforderungen abschließend benennt.

- *80. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss halbjährlich einen Bericht über
den Planungs- und Baufortschritt der **Tangentialen Verbindung Ost** (TVO) vor-
zulegen, erstmals zum 30. Juni 2016.
- *81. Der Senat wird aufgefordert, eine kontinuierliche Evaluierung der Aufgaben-
wahrnehmung der **Verkehrslenkung** (VLB) in Abstimmung zwischen den Auf-
gaben der VLB und der Bezirke durchzuführen. Dem Hauptausschuss ist halb-
jährlich zum 30. Juni und 31. Dezember zu berichten.
- 82. Der Senat berichtet dem Hauptausschuss jährlich zum 1. Mai zu den Programmen
Stadtumbau Ost und Stadtumbau West sowie zu den sog. Begegnungszonen
(Evaluation Modellprojekte 5 und 6).

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Technologie und Forschung –

- 83. Der Senat wird aufgefordert, die **Bewilligung und Abrechnungsverfahren der EU-Mittel** im Zuwendungsbereich unter Beachtung der LHO und der europäi-
schen Prüfkriterien deutlich zu vereinfachen und zu entbürokratisieren.

Dafür sind die Förder- und Abrechnungsverfahren mit denen anderer Bundesländer (z.B. NRW und Thüringen) zu vergleichen und mögliche Vereinfachungen –
z.B. bei Personal- und Honorarabrechnungen oder bei der Einrichtung von Unter-
konten für Maßnahmen, statt einem Bankkonto für jede einzelne Maßnahme –
auch für Berlin zu prüfen und bei entsprechender Eignung zu übernehmen oder
ggf. zu modifizieren.

Die geänderten Prüfkriterien, das künftige Abrechnungsverfahren und die künftige
Darstellung der Mittelverwendung sind dem Hauptausschuss bis 31. März
2016 vorzulegen.

Zur Lösung von Konflikten bei der Abrechnung zwischen den Beteiligten ist eine
unabhängige Clearingstelle einzurichten.

- *84. Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit visitBerlin sowie den Bezirken dem Hauptausschuss jährlich bis 31. Oktober zur Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts und der Handlungsempfehlungen zum Akzeptanzerhalt des **Tourismus** zu berichten.

Einzelplan 15 – Finanzen – und Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

- *85. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jährlich per 30. Juni einen ressortbezogenen **Statusbericht über die Haushaltsslage** und per 31. Oktober (spätestens bis zum 30. November vorzulegen), unter Berücksichtigung einer aktuellen Steuerschätzung, eine zusammenfassende Prognose für den Jahresabschluss des Gesamthaushalts vorzulegen.
- *86. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss künftig im Rahmen des **Liquiditätsberichts** auch den aktuellen Stand der Verbindlichkeiten des Landes Berlin am Kreditmarkt (einschließlich der Verbindlichkeiten aus Kassenverstärkungskrediten), unterteilt in
 - Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit unter einem Jahr,
 - Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit von einem bis vier Jahren,
 - Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit von vier bis acht Jahren und
 - Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit über acht Jahre mitzuteilen.
- *87. Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen der Investitionsplanung dem Hauptausschuss jährlich bis zum 31. Dezember über die Umsetzung des **Masterplans Tierpark** unter der Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahmen sowie der Einnahmenentwicklung zu berichten.
- *88. Die **Grundstücke Berlins außerhalb der Stadtgrenze** in einer Größe über 10 000 qm oder mit einem unbereinigten Verkehrswert von über 500.000 Euro, können nur nach Zustimmung des Abgeordnetenhauses Dritten zugewiesen oder veräußert werden.
- *89. Der Senat wird aufgefordert, dem Unterausschuss Vermögensverwaltung bzw. (je nach Zuständigkeit) dem Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling des Hauptausschusses jeweils zum Beginn der Haushaltsberatungen zu berichten über:
 - a) die Höhe der **Bürgschaften, Garantien und sonstiger Gewährleistungen** unterteilt nach Unternehmen,
 - b) deren Begründung der Notwendigkeit,
 - c) die zur Minimierung einer möglichen Inanspruchnahme eingeleiteten Maßnahmen auf Unternehmensebene,
 - d) ein Rating der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme sowie
 - e) bei absehbarer Inanspruchnahme die haushaltsmäßige Absicherung.

Dem Hauptausschuss ist gesondert zu den Punkten 1, 2 und 5 zu berichten.

- *90. Der Senat wird aufgefordert, jeweils zur ersten Sitzung des Hauptausschusses nach der Sommerpause einen Gesamtbericht zum **Zins- und Schuldenmanagement** des Landes Berlin vorzulegen.
- *91. Bei jedem **Erbbauvertrag** ist aus den Zinseinnahmen durch Rücklagenbildung für den Heimfall Vorsorge zu treffen. Im Falle des Heimfalls wird der Bezirk, der bisher von Zinseinnahmen profitiert hat, in gleicher Weise an ggf. entstehenden Kosten beteiligt.
- *92. Bei der Zuweisung des **Produktsummenbudgets der Bezirke** ist der Hauptausschuss vorab zu informieren:
- bei Änderungen der Budgetierungskriterien, die innerhalb des Budgets für ein Produkt zu Veränderungen von mehr als 1 Mio. Euro zwischen den Bezirken führen.
 - bei Ausdehnung des Wertausgleichs innerhalb eines Produktes bzw. auf weitere Produkte oder Produktgruppen.
93. Der Senat wird gebeten, fortlaufend über die planmäßige Ablösung des derzeitigen Softwareverfahrens für das Berliner Haushalts-, Kassen- und Rechnungsweisen, durch die Neukonzeption (HKR neu) zu berichten.
Insbesondere soll in den Berichten dargestellt werden, wie im weiteren Verlauf des Projektes:
- Feinplanung und Fachkonzeptionierung des Gesamtprojekts unter Beteiligung des externen Projektsteuerers;
 - Europaweites Vergabeverfahren zur Softwarelizenierung und Beauftragung von Implementierungsleistungen;
 - IT-Feinkonzeptionierung und Erstellung einer lauffähigen Referenzlösung;
 - Einführung der Referenzlösung in ausgewählten Bereichen, Tests und Abnahmen;
 - Einführung der neuen Software-Gesamtlösung in der Berliner Verwaltung;
 - Begleitende Schulung der Nutzerinnen und Nutzer erfolgen.
- *94. Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bezirken
- a) für das Forderungsmanagement des Landes Berlin ein Konzept zu entwickeln, das die Veräußerung von Forderungen, die Hinzuziehung Privater als Verwaltungshelfer auch bei der Verfolgung öffentlich-rechtlicher Forderungen berücksichtigt. Die Möglichkeiten der Implementierung eines zentralen Forderungsmanagements bei der Senatsverwaltung für Finanzen sind dabei vorrangig zu prüfen. Soweit sich Einschränkungen aus gesetzlichen Vorschriften ergeben, sind diese in der Konzeption darzustellen und Möglichkeiten der rechtlichen Fortentwicklung darzustellen. Dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist jährlich, zum Anfang des ersten Quartals (beginnend 2017), zu berichten.
 - b) die Landeshauptkasse als zusätzliche Vollstreckungsstelle des Landes Berlin zu organisieren und dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses zum 31. Mai 2016 zu berichten.
 - c) sicherzustellen, dass ausnahmslos alle Forderungen, einschließlich der Forde-

rungen aus steuerlichen Sachverhalten, aus Abtretungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz usw. und einschließlich aller niedergeschlagenen Forderungen im Rechnungswesen Berlins bzw. in der Haushalts- und Vermögensrechnung des Landes Berlin ausgewiesen werden. Dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist jährlich, zum Anfang des ersten Quartals (beginnend 2017) zu berichten.

- d) beginnend mit dem Stand per 31. Dezember 2015, jährlich zusammen mit der Haushalts- und Vermögensrechnung über die Summe der niedergeschlagenen Forderungen getrennt nach Forderungen aus:
- steuerlichen Ansprüchen
 - Ansprüchen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
 - Ansprüchen nach Bußgeldern
 - allen übrigen Ansprüchen des Landes Berlin
- zu berichten.

- *95. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, bei der **Herstellung des Druckstücks der Haushaltspläne** (einschließlich der beigefügten Anlagen) Fehler zu berichtigen und die Erläuterungen, Vermerke und Bezeichnungen entsprechend anzupassen.

Anmerkung:

Mit * versehen sind die - z.T. veränderten - Beschlüsse zu früheren Haushaltsgesetzen, die entweder von fort dauernder Bedeutung oder vom Senat bisher nicht abschließend bearbeitet worden sind.

Berlin, den 4. Dezember 2015

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses

Fréderic Verrycken

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
01 Abgeordnetenhaus							
0100 Abgeordnetenhaus							
41101 Aufwendungen für Abgeordnete		20.153.000	-120.000	20.033.000	22.366.000	-124.000	22.242.000
RNr 1900 CY-1 Nr. 3							
54025 Abteilung urheberrechtlicher Ansprüche		68.000	69.000	137.000	68.000	69.000	137.000
RNr 1900 CY-1 Nr. 1							
68401 Zuschüsse an Fraktionen und Gruppen		8.926.000	1.000.000	9.926.000	9.892.000	1.000.000	10.892.000
RNr 1900 CY-1 Nr. 2							
81279 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen		245.000	0	245.000	115.000	245.000	360.000
RNr 1900 CY-1 Nr. 5							
03 Regierende/r Bürgermeister/in							
0300 Senatskanzlei							
42201 Beziehe der planmäßigen Beamten/Beamtinnen		3.513.000	0	3.513.000	3.608.000	0	3.608.000
RNr 1900 CR lfd. Nr. 1 □							
□							
Beauftragte/r für das Flüchtlingsmanagement (neue Bereichsüberschrift)□							
Staatssekretär/in BesGr. B 7□							
In 2016: + 1.000 Planstelle□							
Oberregierungsrätin/-rat BesGr. A 14□							
In 2016: + 1.000 Planstelle							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte(n)		7.664.000	0	7.664.000	7.856.000	0	7.856.000
RNr 1900 DS lfd. Nr. 1 □							
□							
Stellenmäßige Veränderungen□							
Teilplan A□							
□							
In 2016/2017 jeweils + 1.000 Stellenanteile							
Tarifbeschäftigte/r E 8							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte(n)		521.000	197.000	718.000	534.000	0	534.000
RNr 1900 CR lfd. Nr. 2 □							
□							
Beauftragte/r für das Flüchtlingsmanagement (neue Bereichsüberschrift)□							
□							
Tarifbeschäftigte/r Egr. E 15 □							
In 2016: + 1.000 Beschäftigungsposition □							
Tarifbeschäftigte/r Egr. E 12□							
In 2016; + 1.000 Beschäftigungsposition □							
Tarifbeschäftigte/r Egr. E 10□							
In 2016: + 1.000 Beschäftigungsposition □							
□							
Stellenvermerk: □							
3.000 Beschäftigungspositionen mit jeweils 1.000							
Stellenvermerk (0096)□							
(0096) Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2016 weg.							
52601 Gerichts- und ähnliche Kosten		25.000	50.000	75.000	25.000	0	25.000
RNr 1900 CR lfd. Nr. 3							
54053 Veranstaltungen Verpflichtungsermächtigungen		29.000 4.500.000	6.000 -4.500.000	35.000 0	129.000 0	6.000 4.500.000	135.000 4.500.000
RNr 1900 AG □							
□							
Anpassung der Erläuterung:□							
In 2016/2017 jeweils 35.000 Euro für die Umsetzung der Fête de la Musique.□							
□							
VE 2016: - 4.500.000 Euro □							
□							
VE 2017: + 4.500.000 Euro□							
2018: + 4.500.000 Euro							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
54104	Betreuung ehemaliger Mitbürgerinnen und Mitbürger bei Berlin-Besuchen	150.000	0	150.000	150.000	150.000	0	150.000
	RNr 1900 AG □							
	□							
	Ergänzung der Erläuterung: □							
	"Gefördert wird die Begegnungsarbeit im Rahmen der Initiative ‚Stolpersteine‘. Zudem wird die Ausweitung des Emigrantenprogramms auf Besuche von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern unterstützt".							
54607	Einrichtung und Steuerung des Musicboards	363.000	0	363.000	363.000	363.000	0	363.000
	RNr 1900 AG □							
	□							
	Änderung der Erläuterung - letzter Satz des ersten Absatzes: □							
	"Darüber hinaus prüft sie die formale Einhaltung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Berlin Music Commission."							
54612	Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements	70.000	0	70.000	10.000	60.000	70.000	
	RNr 1900 CY Nr. 6							
68119	Förderung von Künstlern/ Künstlerinnen	5.100	-5.100	0	5.100	-5.100	0	
	RNr 1900 AG							
68535	Zuschuss an die Europäische Akademie	300.000	174.000	474.000	300.000	174.000	474.000	
	RNr 1900 AG □							
	□							
	In 2016/2017 jeweils - 300.000 Euro □							
	In 2016/2017 jeweils + 474.000 Euro □							
	□							
	Titelbezeichnung neu: □							
	"Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Europagedankens" □							
	□							
	Erläuterung: □							
	□							
	Aufnahme der Zuschüsse: □							
	- Prix Europa aus Titel 68119: 5.100 EUR in 2016 und 5.100 EUR in 2017 □							
	- für die Europäische Akademie Berlin e. V. aus Titel 68535: 300.000 EUR in 2016 und 300.000 EUR in 2017 □							
	- aus Titel 68569 für die Punkte: □							
	2. Zuschüsse an Projekte im Rahmen der europapolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit: 133.000 EUR in 2016 und 133.000 EUR in 2017 □							
	3. Kofinanzierung des von der Europäischen Kommission geförderten Berliner Europe Direct Informationsrelais: 25.000 EUR in 2016 und 25.000 EUR in 2017 □							
	4. Zuschuss zur Förderung der Europa-Union: 10.000 EUR in 2016 und 10.000 EUR in 2017.							
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	1.141.000	-168.000	973.000	1.141.000	-168.000	973.000	
	RNr 1900 AG							
68619	Zuschüsse an sonstige Stiftungen	0	100.000	100.000	0	100.000	100.000	
	RNr 1900 DA lfd. Nr. 1 □							
	□							
	"Zuschuss an die Stiftung Zukunft Berlin"							
97203	Pauschale Minderausgaben	0	-56.900	-56.900	0	-6.900	-6.900	
	RNr 1900 CR lfd. Nr. 4 □							
	□							
	In 2016: - 56.900 Euro							
	RNr 1900 DD lfd. Nr. 4 □							
	□							
	In 2017: - 6.900 Euro							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
0310 Kulturelle Angelegenheiten							
68123	Ehrungen, Preise	781.000	0	781.000	721.000	0	721.000
RNr 1900 AC <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ausgaben in Höhe von 30.000 Euro sollen jeweils in 2016/2017 für die Preise für Projekträume und Projektinitiativen vergeben werden (verbindliche Erläuterung).							
68239	Zuschuss an die Stiftung Oper in Berlin Verpflichtungsermächtigungen	138.765.000 567.060.000	-700.000 -2.600.000	138.065.000 564.460.000	141.765.000 0	-650.000 0	141.115.000 0
RNr 1900 CP <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> VE 2016: - 2.600.000 Euro <input type="checkbox"/> 2017: - 650.000 Euro <input type="checkbox"/> 2018: - 650.000 Euro <input type="checkbox"/> 2019: - 650.000 Euro <input type="checkbox"/> 2020: - 650.000 Euro							
68243	Zuschuss an die Volksbühne	18.516.000	-174.000	18.342.000	20.505.000	-576.000	19.929.000
RNr 1900 AC <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Titelerläuterung: <input type="checkbox"/> "174.000 Euro weniger in 2016 und 576.000 Euro weniger in 2017 aufgrund Abzug aus Vorbereitungsmitteln Intendant."							
68259	Zuschuss an die Stiftung Berliner Philharmoniker Verpflichtungsermächtigungen	15.987.000 65.288.000	400.000 1.600.000	16.387.000 66.888.000	16.322.000 0	400.000 0	16.722.000 0
RNr 1900 AC <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> VE 2016: + 1.600.000 Euro <input type="checkbox"/> 2017: + 400.000 Euro <input type="checkbox"/> 2018: + 400.000 Euro <input type="checkbox"/> 2019: + 400.000 Euro <input type="checkbox"/> 2020: + 400.000 Euro							
68322	Zuschüsse an sonstige Privattheater Verpflichtungsermächtigungen	5.295.000 0	170.000 11.080.000	5.465.000 11.080.000	5.388.000 0	220.000 0	5.608.000 0
RNr 1900 AC <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2017/2017 jeweils + 50.000 Euro für Ballhaus Naunynstraße <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 120.000 Euro für Constanza Marcras/Dorky Park <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2017 zusätzlich + 50.000 Euro für Theater Strahl <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> VE 2016: + 11.080.000 Euro <input type="checkbox"/> 2017: + 5.558.000 Euro <input type="checkbox"/> 2018: + 5.522.000 Euro							
68323	Zuschuss an das Grips-Theater Verpflichtungsermächtigungen	2.892.000 14.605.000	50.000 200.000	2.942.000 14.805.000	2.921.000 0	50.000 0	2.971.000 0
RNr 1900 AC <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> VE 2016: + 200.000 Euro <input type="checkbox"/> 2017: + 50.000 Euro <input type="checkbox"/> 2018: + 50.000 Euro <input type="checkbox"/> 2019: + 50.000 Euro <input type="checkbox"/> 2020: + 50.000 Euro							
68329	Sonstige Zuschüsse an Bühnen und Tanz	496.000	-406.000	90.000	496.000	-406.000	90.000
RNr 1900 AC <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> zu Nr. 2 (Wegfall der Förderung) <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils - 406.000 Euro							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
68342	Zuschüsse zur Förderung von Unterhaltungstheatern	2.902.000	-150.000	2.752.000	2.905.000	0	2.905.000	
	RNr 1900 AC □							
	□							
	Ersetzung Titelerläuterung für den letzten Absatz: □							
	"Mehr gegenüber dem Ansatz 2015 i.H.v. 2.295.000 Euro in 2016 sowie 2.270.000 Euro in 2017 wegen Mittelverlagerung aus 0310/68325 und wegen künftiger Vergabe der Fördermittel nach Durchführung eines Juryverfahrens (erstmals in 2016), bei dem der Erhalt der bisher geförderten Einrichtungen gewährleistet wird. Die Neuvergabe des Gesamtetats wirkt sich frühestens ab 2018 aus".							
68362	Zuschuss an die Tanzcompagnie cie. toulá limnaios	253.000	180.000	433.000	256.000	180.000	436.000	
	RNr 1900 AC □							
	□							
	in 2016/2017 jeweils + 80.000 Euro							
	RNr 1900 DA Nr. 3 □							
	□							
	in 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro							
68502	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum	20.348.000	0	20.348.000	20.895.000	0	20.895.000	
	RNr 1900 CP-1 □							
	□							
	Qualifizierter Sperrvermerk: □							
	Die Mittel sind in Höhe von 3 Mio. Euro p.a. gesperrt. Die Aufhebung der Sperre kann durch den Hauptausschuss aufgrund eines Berichts erfolgen, der die erfolgreiche Entfristung der Arbeitsverhältnisse zum Gegenstand hat. □							
	□							
	Soweit hinsichtlich der Sternwarten/Planetarien Umstrukturierungen vorgenommen werden, werden die entsprechenden Mittel mitgereicht (Gesamterläuterung verbindlich).							
68568	Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin Verpflichtungsermächtigungen	21.868.000 0	455.000 2.475.000	22.323.000 2.475.000	22.510.000 0	557.000 0	23.067.000 0	
	RNr 1900 AC □							
	□							
	VE 2016: + 2.475.000 Euro □							
	2017: + 825.000 Euro □							
	2018: + 825.000 Euro □							
	2019: + 825.000 Euro □							
	□							
	Ergänzung der Titelerläuterung: □							
	Erhöhung um 455.000 Euro in 2016 und um 557.000 Euro in 2017 der Projektgelder für "Digitale Welten", Stärkung der digitalen Infrastruktur der ZLB und des VÖBB. □							
	□							
	Ersetzung des Absatzes 5: □							
	"Weiterhin mehr i.H.v. 725.000 Euro (2016) und 825.000 Euro (jeweils in 2017, 2018 und 2019) für das Projekt „Digitale Welten“ – Bereitstellung eines modernen Zugriffs aller Berliner Öffentlichen Bibliotheken im Rahmen des VÖBB auf digitale Dienste, Berücksichtigung einer zusätzlichen Personalstelle für das VÖBB-Servicezentrum (75.000 Euro p.a.)."							
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	1.975.000	500.000	2.475.000	1.979.000	500.000	2.479.000	
	RNr 1900 DB Nr. 1 □							
	□							
	Nr. 5 (neu): □							
	Sonstige Förderung für Kinder- und Jugendtheater □							
	□							
	Davon sollen 100.000 Euro für das Grips-Theater in den Jahren 2016 und 2017 und 100.000 Euro für RambaZamba e. V. in den Jahren 2016 und 2017 aufgewendet werden (verbindliche Erläuterung).							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
68573	Sonstige Zuschüsse an Museen	1.650.000	70.000	1.720.000	1.691.000	70.000	1.761.000	
	RNr 1900 AC □ □ Zu Nr. 2:□ In 2016/2017 jeweils + 40.000 Euro							
	RNr 1900 DA Nr. 4 □ □ zu Nr. 7□ in 2016/2017 jeweils + 30.000 Euro							
68575	Sonstige Zuschüsse an Chöre und Orchester	1.297.000	0	1.297.000	1.302.000	0	1.302.000	
	RNr 1900 AC □ □ Austausch Titelerläuterung zu b)□ "Die restlichen ca. 50% der Mittel werden im jährlichen Juryverfahren an besonders leistungsfähige Berliner Chöre vergeben, wobei auch Einzelprojekte Berücksichtigung finden sollen."							
68577	Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst	3.534.000	0	3.534.000	3.820.000	0	3.820.000	
	RNr 1900 AC □ □ Änderung der Erläuterung S. 106, letzter Satz:□ „Mehr ab 2016 i. H. v. 300.000 Euro p.A. zur Förderung von Ausstellungshonoraren für Berliner Künstlerinnen und Künstler in Ausstellungen zeitgenössischer Kunst in den Kommunalen Galerien Berlins.“							
68578	Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der Literatur	2.498.000	250.000	2.748.000	2.535.000	250.000	2.785.000	
	RNr 1900 AC							
68615	Zuschuss an Serviceeinrichtungen zur Bestandssicherung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler	2.796.000	0	2.796.000	2.896.000	0	2.896.000	
	RNr 1900 AC □ □ Neue Titelerläuterung für den ersten Absatz:□ "Es werden Leistungen zur Sicherung von Atelier- und Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler in Berlin gewährt. Diese Leistungen beziehen sich auf die Sparten Darstellende Kunst inklusive Tanz, Musik, Literatur und Bildende Kunst. Die Förderung für die Anmietung von Ateliers für bildende Künstlerinnen und Künstler (Atelieranmietprogramm) bleibt mindestens in der bislang gewährten Höhe erhalten. Alle Ateliers und Arbeitsräume werden über transparente Verfahren in den jeweiligen Sparten vergeben, in der Bildenden Kunst über den Atelierbeirat."□ □ Im letzten Absatz:□ Streichung des Wortes "Kreative".							
68619	Zuschüsse an sonstige Stiftungen	819.000	50.000	869.000	840.000	50.000	890.000	
	RNr 1900 DA Nr. 5							
68621	Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten	1.854.000	80.000	1.934.000	1.874.000	130.000	2.004.000	
	RNr 1900 AC □ □ zu Nr. 3□ in 2017: + 50.000 Euro							
	RNr 1900 DA Nr. 2 □ □ zu Nr. 2□ In 2016/2017 jeweils + 80.000 Euro							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
68627	Zuschüsse für besondere kulturelle, touristische und sportbezogene Projekte	3.500.000	0	3.500.000	3.500.000	0	3.500.000	
	RNr. 1900 CP <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Eine interdisziplinär besetzte Jury schlägt zu fördernde Projekte vor. Dabei sollen auf Antrag ca. ein Drittel der Fördermittel an Projekte von Institutionen, zwei Drittel an Projekte der Freien Szene zugewendet werden. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	RNr. 1900 BN <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Anpassung der Titelerläuterung: <input type="checkbox"/>							
	Folgender Satz der Titelerläuterung entfällt "Ausgaben aus der Übernachtungssteuer"							
89110	Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler	1.000.000	0	1.000.000	2.000.000	0	2.000.000	
	RNr 1900 AC <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Neue Titelerläuterung: <input type="checkbox"/>							
	"Investitionskostenzuschüsse für die Schaffung und Erweiterung der räumlichen Infrastruktur für künstlerische Arbeit insbesondere in landeseigenen und Objekten städtischer Gesellschaften sowie für auf Dauer angelegte, nicht gewinnorientierte Vorhaben von Genossenschaften und vergleichbaren Trägern."							
0320	Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften							
11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	515.000	45.000	560.000	515.000	45.000	560.000	
	RNr 1900 AC							
05	Inneres und Sport							
0500	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -							
42201	Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	31.662.000	1.214.000	32.876.000	38.250.000	2.214.000	40.464.000	
	a) RNr 19000 DE lfd. Nr. 12 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 214.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	Stellenplanmäßige Veränderungen <input type="checkbox"/>							
	2.000 Planstellen ORRA 14 <input type="checkbox"/>							
	1.000 Planstelle AR A 12 <input type="checkbox"/>							
	1.000 Planstelle RAA 11 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	b) RNr 1900 DA lfd. Nr. 7 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016 + 1.000.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	In 2017 + 2.000.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Umsetzung des Berliner E-Governmentsgesetzes - CIO <input type="checkbox"/>							
	Aufschlüsselung 2016 <input type="checkbox"/>							
	Gruppenleitungen <input type="checkbox"/>							
	2 x A 15 - RD = 135.600 Euro <input type="checkbox"/>							
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentsgesetzes im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik Standards, IT-Architektur, SW-Lizenzen, Barrierefreiheit (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) <input type="checkbox"/>							
	2 x A 14 - ORR = 118.960 Euro <input type="checkbox"/>							
	1 x A 12 - AR = 49.480 Euro <input type="checkbox"/>							
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentsgesetzes § 2 Förderung E-Government sowie Konzeption und Umsetzung zentraler E-Governmentmaßnahmen, (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) <input type="checkbox"/>							
	2 x A 14 - ORR = 118.960 Euro <input type="checkbox"/>							
	1 x A 13S - OAR = 56.500 Euro <input type="checkbox"/>							
	1 x A 12 - AR = 49.480 Euro <input type="checkbox"/>							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	2016			2017		
		bisher EUR	Veränderungen EUR	neu EUR	bisher EUR	Veränderungen EUR	neu EUR
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes zur Steuerung, Koordinierung und Zustimmungsvorbehalt für Fachverfahren (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO) □ 1 x A 14 – ORR = 59.480 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes §§ 20, 21 IKT-Sicherheit ((neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) □ 2 x A 14 – ORR = 118.960 Euro □						
	1 x A 12 – AR = 49.480 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes §§ 6, 9, 23, 24 IKT-Recht (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) □ 1 x A 14 – ORR = 59.480 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes: Berliner IKT-Haushalt (ca. 179 Mio. Euro in gesondertem Einzelplan ab Haushalt 2018/19, völlig neue Aufgabe für CIO) □ 1 x A 14 – ORR = 59.480 Euro □						
	1 x A 13S – OAR = 56.500 Euro □						
	1 x A 12 – AR = 49.480 Euro □						
	1 x A 11 – RA = 45.390 Euro □						
	Gesamt: □						
	18 Planstellen = 1.028.000 Euro (gerundet) □						
	Aufschlüsselung 2017 □						
	Referatsleitung □						
	Stellv. Referatsleitung □						
	Gruppenleitungen □						
	1 x B 2 – SR = 80.410 Euro □						
	1 x A 16 – SR = 75.680 Euro □						
	2 x A 15 – RD = 135.600 Euro						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) □ 2,5 x A 14-ORR = 148.700 Euro □						
	2,0 x A 12 – AR = 98.960 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes § 2 Förderung E-Government sowie Konzeption und Umsetzung zentraler E-Governmentmaßnahmen (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) □ 4,0 x A 14 – ORR = 237.920 Euro □						
	1,0 x A 13S -OAR = 56.500 Euro □						
	2,5 x A 12 – AR = 123.700 Euro □						
	1,0 x A 11 – RA = 45.390 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes zur Steuerung, Koordinierung und Zustimmungsvorbehalt für Fachverfahren (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO) □ 1,0 x A 14 – ORR = 59.480 Euro □						
	1,0 x A 12 – AR = 49.480 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes §§ 20, 21 IKT-Sicherheit ((neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) □ 3,5 x A 14 – ORR = 208.180 Euro □						
	2,0 x A 12 – AR = 98.960 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes §§ 6, 9, 23, 24 IKT-Recht (neu als verantwortliche Aufgabe für den CIO, fachverfahrensunabhängig) □ 1,5 x A 14 – ORR = 89.220 Euro □						
	Für Umsetzung des Berliner E-Governmentgesetzes: Berliner IKT-Haushalt (ca. 179 Mio. Euro in gesondertem Einzelplan ab Haushalt 2018/19, völlig neue Aufgabe für CIO) □ 3,0 x A 14 – ORR = 178.440 Euro □						
	2,0 x A 13S – OAR = 113.000 Euro □						
	1,0 x A 12 – AR = 49.480 Euro □						
	1,5 x A 11 – RA = 68.085 Euro □						
	Gesamt: □						
	33,5 Planstellen = 1.918.000 Euro						

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte	2.919.000	0	2.919.000	5.653.000	0	5.653.000
	RNr 1900 DA lfd. Nr. 14 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	Pro Bezirk werden drei zusätzliche Stellen zweckgebunden für die Bürgerämter bereitgestellt. <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	Werden die Stellen nicht fristgerecht (zum Ende des 2.Quartals) in einem Bezirk besetzt, können andere Bezirke auf diese Stellen zugreifen (verbindliche Erläuterung). <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	Stellenplan: Im Stellenplan unter der Bereichsüberschrift "Beschäftigungspositionen für die Bürgerämter" die zusätzlichen Beschäftigungspositionen in der Spannbreiten-Entgeltgruppen E5 - E8 abbilden.						
46201	Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben	-5.080.000	0	-5.080.000	-5.080.000	-2.162.000	-7.242.000
	RNr 1900 DA lfd. Nr. 8						
0505	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Landesweite, zentrale E-Government- und IT-Maßnahmen -						
54060	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik Verpflichtungsermächtigungen	8.845.000 9.245.000	0 1.219.000	8.845.000 10.464.000	9.145.000 0	0 0	9.145.000 0
	RNr 1900 DD lfd. Nr. 3 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	VE 2016: + 1.219.000 Euro <input type="checkbox"/>						
	2017: + 1.219.000 Euro						
54085	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	3.235.000	400.000	3.635.000	5.482.000	400.000	5.882.000
	RNr 1900 DE lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	Dokumentenprüfgeräte zur Erkennung gefälschter Personaldokumente in den Bürgerämtern						
0510	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport -						
68419	Förderung des Sports	11.659.000	500.000	12.159.000	11.659.000	500.000	12.159.000
	RNr. 1900 AP lfd. Nr 1 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	zu Nr. 2: <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 200.000 Euro <input type="checkbox"/>						
	zu Nr. 3: <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 150.000 Euro <input type="checkbox"/>						
	zu Nr. 5: <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 400.000 Euro <input type="checkbox"/>						
	zu Nr. 6: <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro <input type="checkbox"/>						
	zu Nr. 10: <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils - 400.000 Euro <input type="checkbox"/>						
	Neuer Unterpunkt unter Träger/Projekt Zuschüsse an den Landessportbund Berlin: Berlin hat Talent <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro						
68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen	4.056.000	100.000	4.156.000	4.056.000	100.000	4.156.000
	RNr 1900 CY Nr. 7 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	Zu Nr. 12: <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro						
68506	Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe	49.000.000	0	49.000.000	49.000.000	0	49.000.000
	RNr 1900 BS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/>						
	Zusätzliche Titelerläuterung: <input type="checkbox"/>						
	"Die Bäder Baumschulenweg in Treptow-Köpenick und Holzmarktstraße in Friedrichshain-Kreuzberg müssen auch für das öffentliche Schwimmen zugänglich sein und dürfen nicht ausschließlich für Vereins- bzw. Schulschwimmen zur Verfügung stehen"						

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
68627	Zuschüsse für besondere kulturelle, touristische und sportbezogene Projekte	3.500.000	0	3.500.000	3.500.000	0	3.500.000	
<input checked="" type="checkbox"/> Folgender Satz der Titelerläuterung entfällt: <input type="checkbox"/> "Ausgaben aus der Übernachtungssteuer"								
0520 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -								
81289	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	575.000	-140.000	435.000	421.000	-175.000	246.000	
<input checked="" type="checkbox"/> RNr 1900 AU								
0531 Der Polizeipräsident in Berlin - Behördenleitung und Stab -								
44379	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	17.100	500.000	518.000	17.100	500.000	518.000	
<input checked="" type="checkbox"/> RNr 1900 DA lfd. Nr. 9 <input type="checkbox"/> (Anmerkung: Gemäß Rundungsvorschrift beträgliche Anpassung des neuen Ansatzes von jeweils 517.100 Euro auf 518.000 Euro)								
0541 Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion Zentrale Aufgaben -								
42201	Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	81.867.000	2.000.000	83.867.000	84.078.000	2.000.000	86.078.000	
<input checked="" type="checkbox"/> RNr. 1900 DE Nr. 11 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 39 Stellen für Zugriffskräfte, PVB, Ärzte und Verwaltung <input type="checkbox"/> (12x BesGr. A15, 10x BesGr. A11, 14x BesGr. A10, 1x BesGr. A9S, 2x BesGr. A8)								
<input checked="" type="checkbox"/> RNr. 1900 DS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Veränderung: <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 30.000 Stellen Polizeimeister/in A7 sowie jeweils Stellenvermerke (0108)								
42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte	61.575.000	953.000	62.528.000	63.114.000	953.000	64.067.000	
<input checked="" type="checkbox"/> RNr. 1900 DE Nr. 4 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Objektschutz (ZOS) <input type="checkbox"/> Ab 2016: + 25.000 Stellen EGr 4								
54011	Überführungen, Überstellungen	470.000	1.175.000	1.645.000	470.000	1.250.000	1.720.000	
<input checked="" type="checkbox"/> RNr. 1900 DE lfd. Nr. 10a <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Task-Force zur Bewältigung besonderer Sicherheitslagen in Berlin								

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
0543 Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -							
42201 Beziehe der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	RNr 1900 DE , lfd. Nr. 2 □ □ Terrorbekämpfung Staatsschutz (+ 26,000 Plänenstellen ab 2016) □ + 2,000 BesGr. A13S □ + 2,000 BesGr. A12 □ + 10,000 BesGr. A11 □ + 10,000 BesGr. A10 □ + 2,000 BesGr. A9 □ □ Ermittler (+ 20,000 Planstellen ab 2016) □ + 1,000 BesGr. A13S □ + 4,000 BesGr. A12 □ + 7,000 BesGr. A11 □ + 7,000 BesGr. A10 □ + 1,000 BesGr. A9 □ □ Observation (+ 14,000 Planstellen ab 2016) □ + 1,000 BesGr. A13S □ + 1,000 BesGr. A12 □ + 6,000 BesGr. A11 □ + 6,000 BesGr. A10 □ □ Personenschutz (+ 4,000 Planstellen ab 2016) □ + 2,000 BesGr. A11 □ + 1,000 BesGr. A10 □ + 1,000 BesGr. A9	124.721.000	2.822.000	127.543.000	130.582.000	2.822.000	133.404.000
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte	RNr 1900 DE lfd. Nr. 3 □ □ Ab 2016 + 15,000 Stellen der EGr 11 □ (IT-Spezialisten, Internetvermittlung)	33.241.000	850.000	34.091.000	34.072.000	850.000	34.922.000
51140 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	RNr 1900 DE, lfd. 7c □ □ Anti-Terror-Ausstattung LKA	490.000	834.000	1.324.000	590.000	920.000	1.510.000
51168 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IuK-Technik	RNr 1900 DE lfd. 7d □ □ Anti-Terror-Ausstattung LKA	143.000	500.000	643.000	143.000	700.000	843.000
51408 Dienst- und Schutzkleidung	RNr 1900 DE lfd. 7a □ □ Anti-Terror-Ausstattung LKA	40.000	90.000	130.000	40.000	90.000	130.000
51433 Laborbedarf und kriminaltechnisches Verbrauchsmaterial	RNr 1900 DE lfd. Nr. 7b □ □ Anti-Terror-Ausstattung LKA	1.422.000	30.000	1.452.000	1.422.000	30.000	1.452.000
81123 Sondergeschützte Fahrzeuge	RNr 1900 DE lfd. Nr. 7e □ □ Anti-Terror-Ausstattung LKA	0	570.000	570.000	0	500.000	500.000
81221 Waffenkonzept LKA 63	RNr 1900 DE lfd. 6 □ □ Mitteldistanzwaffen für Spezialeinheiten	0	500.000	500.000	0	0	0
81279 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	RNr 1900 DE lfd. 7f □ □ Anti-Terror- Ausstattung LKA	852.000	676.000	1.528.000	1.201.000	460.000	1.661.000

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
0553 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -								
42201 Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	40.268.000	391.000	40.659.000	41.661.000	391.000	42.052.000		
RNr 1900 DE lfd. 5 <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
Polizeivollzugsdienst für Training/Ausbildung								
Terrorismusbekämpfung (ab 2016 + 8.000 Planstellen) <input type="checkbox"/>								
+ 1.000 BesGr A13S <input type="checkbox"/>								
+ 4.000 BesGr A12 <input type="checkbox"/>								
+ 3.000 BesGr A11 <input type="checkbox"/>								
51140 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.365.000	1.700.000	4.065.000	2.365.000	1.000.000	3.365.000		
RNr 1900 AH lfd. 3 + 1900 BS <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
in 2016/2017 jeweils + 1.000.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
Ergänzende Erläuterung: <input type="checkbox"/>								
"Beschaffung von ballistischen Schutzwesten und								
ballistischer Zusatzausstattung für die Spezialeinheiten der								
Polizei (SEK, MEK) ebenso wie für die Bereiche des								
täglichen Dienstes. <input type="checkbox"/>								
Angesichts zunehmender terroristischer Bedrohungen								
sowie der insgesamt steigenden Gewaltbereitschaft gegen								
Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte muss für einen								
adäquaten Schutz der Einsatzkräfte gesorgt werden.								
Hierfür sind zusätzliche Mittel erforderlich. <input type="checkbox"/>								
Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die Einsatzfahrzeuge mit								
je zwei ballistischen Zusatzausstattungen, die den Hals-								
Schulterbereich schützen, bestückt werden."								
RNr 1900 DE lfd. Nr. 8 <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
In 2016 + 700.000 Euro								
51408 Dienst- und Schutzbekleidung	2.670.000	2.150.000	4.820.000	2.670.000	3.850.000	6.520.000		
RNr 1900 DE lfd. 9								
81179 Fahrzeuge	9.490.000	575.000	10.065.000	10.039.000	0	10.039.000		
RNr 1900 DE lfd. 10b <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
Task-Force zur Bewältigung besonderer Sicherheitslagen								
in Berlin								
0561 Berliner Feuerwehr - Landesbranddirektor -								
51140 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	3.500	50.000	53.500	3.500	50.000	53.500		
RNr 1900 DA lfd. Nr. 10								
0564 Berliner Feuerwehr - Direktion West -								
42201 Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	46.895.000	0	46.895.000	48.599.000	0	48.599.000		
RNr 1900 DS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
Stellenplanmäßige Veränderungen: <input type="checkbox"/>								
Teilplan A <input type="checkbox"/>								
Oberbrandmeister/in A8 <input type="checkbox"/>								
In 2016/2017 jeweils + 6.000 Stellen sowie jeweils + 6.000								
Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
Brandmeister/in A7 <input type="checkbox"/>								
In 2016/2017 jeweils + 5.000 Stellen sowie jeweils + 5.000								
Stellenvermerke (0108)								
0565 Berliner Feuerwehr - Service -								
42221 Bezüge der Anwärter/innen	3.925.000	0	3.925.000	3.970.000	2.162.000	6.132.000		
RNr 1900 DA lfd. Nr. 11 <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>								
(Anmerkung: Gemäß Rundungsvorschrift beträgtliche								
Anpassung von + 2.161.777 auf + 2.162.000 Euro)								

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	3.959.000	2.000.000	5.959.000	4.249.000	2.000.000	6.249.000	
	RNr. 1900 DB lfd. Nr. 2 in geänderter Form (Veränderung von Kapitel und Titel) <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Übertragbarkeitsvermerk: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben sind übertragbar. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Über die Planung der einzelnen Maßnahmen ist dem Hauptausschuss bis 31.01.2016 zu berichten. Die geplanten Maßnahmen sind als neues Projekt in die nächste Investitionsplanung aufzunehmen (verbindliche Erläuterung).							
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	532.000	150.000	682.000	532.000	150.000	682.000	
	RNr 1900 DA lfd. Nr. 12 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils 150.000 Euro für "Zuwendungen an die Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst, der ASB, die DLRG und das DRK angehören. Von diesen Organisationen werden 36 Landstationen unterhalten. Der Wasserrettungsdienst (WRD) wird mit 53 Motorrettungsbooten ausgeübt."							
0574	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -							
42201	Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	6.439.000	1.150.000	7.589.000	6.613.000	1.150.000	7.763.000	
	a) RNR 1900 DA lfd. Nr. 15 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils <input type="checkbox"/>							
	- 1,000 Planstelle BesGr. A16 <input type="checkbox"/>							
	+ 1,000 Planstelle BesGr. B2 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	b) RNR 1900 DE lfd. Nr. 13 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 1.150.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	Stellenzuwachs LABO ab 2016 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	3 x A 14 ORR + 178.440 € <input type="checkbox"/>							
	4 x A 12 AR + 197.920 € <input type="checkbox"/>							
	1 x A 11 RA + 45.390 € <input type="checkbox"/>							
	18 x A 10 ROI + 728.100 € <input type="checkbox"/>							
	 RNR 1900 DS lfd. Nr.1 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Stellenplanmäßige Veränderung: <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Teilplan A <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Regierungsdirektor/in A15 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0108) <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Oberregierungsrätin/-rat A14 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0108) <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Amtsrätin/-rat A12 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 4,000 Stellen sowie jeweils + 4,000 Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Regierungsamtfrau/-mann A11 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 18,000 Stellen sowie jeweils + 18,000 Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Regierungsoberinspektor/in A10 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 7,000 Stellen sowie jeweils + 7,000 Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Regierungsinspektor/in A9 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 14,000 Stellen sowie jeweils + 14,000 Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Regierungshauptsekretär/in A8 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 23,000 Stellen sowie jeweils + 23,000 Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/>							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017					
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR				
06 Justiz und Verbraucherschutz												
0600 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -												
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	3.601.000	730.000	4.331.000		3.601.000	730.000	4.331.000				
RNr 1900 AT lfd. Nr. 1a <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 430.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> RNr 1900 DO lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro für anonyme Spurensicherung (Gewaltschutzzambulanz) <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> RNr 1900 DY lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/> Je 100.000 Euro in 2016 und 2017 für die Initiative Kind im Zentrum sowie für die Schuldnerberatung für Strafgefangene												
0608 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -												
53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	120.000	-20.000	100.000		120.000	-20.000	100.000				
RNr 1900 AT lfd. Nr. 3d												
54010	Dienstleistungen	250.000	-30.000	220.000		250.000	-30.000	220.000				
RNr 1900 AT lfd. Nr. 3c <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> zu Nr. 1: <input type="checkbox"/> Absenkung der Ausgaben für den Verbrauchermonitor												
54068	Ausgaben für den Tierschutz	0	100.000	100.000		0	100.000	100.000				
RNr 1900 BZ lfd. Nr. 2												
68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	1.284.000	100.000	1.384.000		1.284.000	100.000	1.384.000				
RNr. 1900 DY lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Stärkung der verbraucherschutzpolitischen Landschaft												
0612 Staatsanwaltschaft												
51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	290.000	-120.000	170.000		290.000	-120.000	170.000				
RNr 1900 AT lfd. Nr.1c <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> in 2016/2017 jeweils - 120.000 Euro												
0613 Amtsanwaltschaft												
42201	Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	7.853.000	0	7.853.000		8.166.000	-54.000	8.112.000				
RNr 1900 AT lfd. Nr.7b <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Justizhauptsekretär/in A8 <input type="checkbox"/> In 2017: - 1,400 Planstellen												
0616 Landgericht												
42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte(n)	6.463.000	-54.000	6.409.000		6.625.000	-54.000	6.571.000				
RNr 1900 AT lfd. Nr. 7c <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r E8 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils - 1,000 Stelle												
0619 Amtsgericht Charlottenburg												
11101	Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)	30.860.000	100.000	30.960.000		30.860.000	100.000	30.960.000				
RNr. 1900 DY lfd. Nr. 3 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro												

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
0625 Amtsgericht Pankow-Weißensee							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte		2.434.000	-54.000	2.380.000	2.541.000	-54.000	2.487.000
RNr 1900 AT lfd. Nr. 7d	<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>							
Tarifbeschäftigte/r E8	<input type="checkbox"/>						
In 2016/2017 jeweils - 1,000 Stelle							
0642 Verwaltungsgericht							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte		2.027.000	162.000	2.189.000	2.078.000	216.000	2.294.000
RNr 1900 AT lfd. Nr. 7a	<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>							
Tarifbeschäftigte/r E8	<input type="checkbox"/>						
In 2016/2017 jeweils + 3.000 Stellen	<input type="checkbox"/>						
und zusätzlich in 2017 + 1.000 Stelle							
0651 Sozialgericht							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte		6.907.000	-54.000	6.853.000	7.079.000	-54.000	7.025.000
RNr 1900 AT lfd. Nr. 7e	<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>							
Tarifbeschäftigte/r E8	<input type="checkbox"/>						
In 2016/2017 jeweils - 1,000 Stelle							
0661 Justizvollzugsanstalt Plötzensee							
42201 Beziege der planmäßigen Beamten/Beamtinnen		18.711.000	1.052.000	19.763.000	19.376.000	1.134.000	20.510.000
RNr 1900 AT lfd. Nr. 4c	<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>							
in 2016: + 52.000 Euro	<input type="checkbox"/>						
in 2017: + 134.000 Euro	<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>							
BesGr. A 8	<input type="checkbox"/>						
In 2016/2017 jeweils +1,500 Stellen	<input type="checkbox"/>						
und zusätzlich in 2017: + 1,500 Stellen							
RNr 1900 DG lfd. Nr. 1	<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>							
In 2016/2017 sind jeweils + 1.000.000 Euro für die Gewährung einer allgemeinen Zulage für alle Beamten des Berliner Vollzugsdienstes einzusetzen. Über die Umsetzung ist dem Hauptausschuss zum 01.02.2016 zu berichten(verbindliche Erläuterung).							
42221 Beziege der Anwärter/innen		6.000	2.000.000	2.006.000	6.000	2.000.000	2.006.000
RNr 1900 DG lfd. Nr. 2	<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>							
In 2016/2017 sind jeweils 2.000.000 Euro für die Gewährung der Anwärtersonderzulage zu verwenden. Abhängig von der konkreten Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlage, angelehnt an die Regelung des § 63 Bundesbesoldungsgesetz, die im Entwurf einen Anwärtersonderzuschlag von 50 % vorsieht, ist die konkrete Ausgestaltung darzustellen und dem Hauptausschuss bis zum 01.03.2016 zu berichten(verbindliche Erläuterung).							
51133 Erwerb von Tieren		0	40.000	40.000	0	40.000	40.000
RNr 1900 AT lfd. Nr. 4a							
51408 Dienst- und Schutzkleidung		116.000	500.000	616.000	116.000	0	116.000
RNr 1900 DZ lfd. Nr. 1							
54039 Haltung von Tieren		0	8.000	8.000	0	16.000	16.000
RNr 1900 AT lfd. Nr. 4b							
54042 Leistungen an die Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH		350.000	-50.000	300.000	350.000	-50.000	300.000
RNr 1900 AT lfd. Nr. 1d							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
54060	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	1.270.000	260.000	1.530.000		1.228.000	160.000	1.388.000
	RNr 1900 AT lfd. Nr.2a							
67155	Unterbringung in öffentlichen Krankenhäusern	35.000	-10.000	25.000		35.000	-10.000	25.000
	RNr 1900 AT lfd. Nr. 6b							
0663	Justizvollzugsanstalt für Frauen							
51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	936.000	-90.000	846.000		962.000	-90.000	872.000
	RNr 1900 AT lfd. Nr. 5b							
0666	Justizvollzugsanstalt Moabit							
51420	Beköstigung	1.130.000	-30.000	1.100.000		1.130.000	-30.000	1.100.000
	RNr 1900 AT lfd. Nr. 1e							
0671	Jugendarrestanstalt							
23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	0	350.000	350.000		0	350.000	350.000
	RNr 1900 AT lfd. Nr. 2b □ In 2016: + 250.000 Euro□ In 2017: + 160.000 Euro□ □ RNr 1900 AT lfd. Nr. 4d □ In 2016: + 100.000 Euro□ In 2017: + 190.000 Euro							
0672	Justizvollzugsanstalt Heidering							
54010	Dienstleistungen	3.010.000	-290.000	2.720.000		3.010.000	-280.000	2.730.000
	RNr 1900 BZ lfd. Nr. 1							
0691	Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -							
54010	Dienstleistungen	449.000	90.000	539.000		449.000	90.000	539.000
	RNr 1900 AT lfd. Nr. 5a							
09	Arbeit, Integration und Frauen							
0901	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -							
11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	1.600	18.400	20.000		1.600	18.400	20.000
	RNr 1900 AV Nr. 1							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	3.964.000	525.000	4.489.000	4.150.000	525.000	4.675.000	
	RNr 1900 AV Nr. 2 □							
	□							
	□							
	Zu 2.:□							
	In 2016/2017 jeweils + 35.000 Euro□							
	□							
	Weiterführung Beratungsstelle Trans- und Intersexualität, rechtliche Antidiskriminierungsberatung LSBTI, Magnus-Hirschfeld-Institut (verbindliche Erläuterung).□							
	□							
	Zu 4.:□							
	In 2016/2017 jeweils + 360.000 Euro□							
	□							
	Verstärkung der Ausgaben im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus / Stärkung der Demokratie in folgenden Bereichen (verbindliche Erläuterung):□							
	□							
	1. Kofinanzierung der lokalen Partnerschaften für Demokratie (z. Zt. 14 PfDs) des□ Bundesprogramms Demokratie leben □							
	In 2016/2017 jeweils + 70.000 Euro□							
	2. Stärkung der Beratung, Fortbildungen und Begleitung von Willkommensbündnissen inkl. Netzwerkpartnern im Kontext „Anfeindungen gegen geflüchtete Menschen“ durch jeweils zwei zusätzliche Stellen beim MBT Ostkreuz und bei MBR.□							
	In 2016/2017 jeweils + 220.000 Euro□							
	3. Jüdisches Forum für Demokratie gegen Antisemitismus zur Finanzierung einer Geschäftsführer/innenstelle und Qualifizierung des pädagogischen Personals□							
	In 2016/2017 jeweils + 70.000 Euro							
	RNr 1900 DB lfd. Nr. 3 □							
	□							
	zu 2):□							
	In 2016/2017 jeweils + 30.000 Euro□							
	□							
	Weiterführung Beratungsstelle Trans- und Intersexualität, rechtliche Antidiskriminierungsberatung LSBTI, Magnus-Hirschfeld-Institut (verbindliche Erläuterung)□							
	□							
	zu Nr. 4):□							
	In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro							
0910	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Beauftragte/r für Integration und Migration -							
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	7.344.000	-100.000	7.244.000	7.447.000	-100.000	7.347.000	
	RNr 1900 DB lfd. Nr. 4 □							
	□							
	Zu Nr. 2):□							
	2016/2017 jeweils - 100.000 Euro□							
	□							
	Die Prioritätensetzung darf nicht zu Lasten bezirklicher Projekte gehen. Die Berichterstattung erfolgt per 31.12.2015 an den Hauptausschuss (verbindliche Erläuterung).							
68411	Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege	441.000	50.000	491.000	450.000	50.000	500.000	
	RNr 1900 DZ lfd. Nr. 2 □							
	□							
	Zu 5. (neu): Griechisch-orthodoxe Gemeinde□							
	Projekte der sozialen Integrationsarbeit							
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	830.000	0	830.000	270.000	230.000	500.000	
	RNr 1900 DZ lfd. Nr. 3 □							
	□							
	Der Zuschuss des Landes Berlin an den künftigen Träger des Karneval der Kulturen wird von 2017 an auf 500.000 Euro jährlich begrenzt. Es wird erwartet, dass etwaige zusätzlich benötigte Mittel vom Veranstalter privat eingeworben werden (verbindliche Erläuterung).							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
0940 Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Arbeit und Berufliche Bildung -								
68351 Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	RNr 1900 AV Nr. 3□ □ □ Erhaltung der Beratungskompetenz „Fraueninfothek“ (Goldnetz)	3.850.000	80.000	3.930.000	3.850.000	80.000	3.930.000	
68356 Landeszuschüsse für Beschäftigung	RNr 1900 AV Nr. 4□ □ zu Nr. 1:□ In 2016/2017 jeweils + 60.000 Euro□ □ BALZ Arbeitslosenberatung (verbindliche Erläuterung)□ □ zu Nr. 2:□ Für die Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) mit Einsatzstellen von Kulturträgern wird eine dezentrale Arbeitgeberstruktur für den Einsatz von öffentlich gefördeter Beschäftigung (FAV) modellhaft aufgebaut und getestet und soll sukzessive landesweit eingerichtet werden. Um eine Koordinierungsstelle ohne den Rückgriff auf eine Arbeitnehmerüberlassungsgenehmigung einsetzen zu können, wird die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen die koordinierenden Träger ergänzend fördern (verbindliche Erläuterung).□ □ Zu Nr. 3:□ In 2016/2017 jeweils - 694.600 Euro□ □ (Anmerkung: Gemäß Rundungsvorschrift betragliche Anpassung von - 694.600 Euro auf - 695.000 Euro)	27.899.000	-635.000	27.264.000	27.899.000	-635.000	27.264.000	
0950 Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Frauen und Gleichstellung -								
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	RNr 1900 AV Nr. 5 □ □ zu B - Nr. 39 (neu):□ Frauenprojekt Mariposa (frauenpolitische Arbeit im Migrantinnenbereich)□ In 2016/2017 jeweils + 38.000 Euro□ □ zu B - Nr. 40 (neu):□ Schaffung von zwei Stellen in der Beratungsstelle von SOLWODI Berlin e. V. (Hilfsorganisation für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen in Notsituationen)□ In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro	11.029.000	188.000	11.217.000	11.249.000	188.000	11.437.000	
68459 Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen	RNr. 1900 DY Ifd. Nr. 4 □ □ In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro□ □ Zu Nr. 39 (neu) Eulalia Eigensinn e. V.□ Unter B Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen / Frauenhäuser / Beratungsstellen / Zufluchtswohnungen	200.000	40.000	240.000	204.000	40.000	244.000	
	RNr 1900 AV Nr. 6 □ □ Projekt "Jobwerkstatt Mädchen"□ In 2016/2017 jeweils + 40.000 Euro							
10 Bildung, Jugend und Wissenschaft								
1000 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Politisch-Administrativer Bereich und Service -								
23131 Anteil des Bundes an den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	RNr 1900 BI-1	20.000.000	-790.000	19.210.000	20.000.000	-575.000	19.425.000	

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
51101	Geschäftsbedarf	513.000	-8.000	505.000	513.000	-8.000	505.000	
	RNr 1900 AW lfd. Nr. 2							
	<input type="checkbox"/>							
	(Anmerkung: Gemäß Rundungsvorschrift betragliche Anpassung von - 7.800 Euro auf - 8.000 Euro)							
54060	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	9.083.000	-100.000	8.983.000	9.102.000	-100.000	9.002.000	
	RNr 1900 AW lfd. Nr. 3							
	<input type="checkbox"/>							
	in 2016/2017 jeweils - 600.000 Euro							
	RNr 1900 DG lfd. Nr. 3							
	<input type="checkbox"/>							
	in 2016/2017 jeweils + 500.000 Euro							
	<input type="checkbox"/>							
	Je 500.000 Euro in 2016 und 2017 sind zur Finanzierung von jeweils einem IT-Experten pro Bezirk für die Unterstützung der Bildungsarbeit an Schulen einzusetzen (verbindliche Erläuterung).							
68109	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	60.000.000	-2.370.000	57.630.000	60.000.000	-1.725.000	58.275.000	
	RNr 1900 B I-1 Nr. 2							
1010	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -							
11917	Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft	4.108.000	835.000	4.943.000	4.108.000	785.000	4.893.000	
	RNr 1900 AW lfd. Nr. 5							
52602	Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen	7.100	7.800	14.900	7.100	7.800	14.900	
	RNr 1900 AW lfd. Nr. 6							
	<input type="checkbox"/>							
	Zu Nr. 4:							
	In 2016/2017 jeweils + 7.800 Euro							
54053	Veranstaltungen	705.000	50.000	755.000	705.000	50.000	755.000	
	RNr 1900 AW lfd. Nr. 7							
	<input type="checkbox"/>							
	Zu Nr. 1:							
	In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro							
68511	Zuschuss an den Lette-Verein	12.700.000	200.000	12.900.000	12.900.000	200.000	13.100.000	
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 7							
	<input type="checkbox"/>							
	Zweckbindungsvermerk:							
	Die Ausgaben sind zweckgebunden für Maßnahmen der baulichen Unterhaltung und Sanierung.							
68537	Zuschuss an die Wilhelm- Foerster-Sternwarte	300.000	630.000	930.000	300.000	200.000	500.000	
	RNr 1900 BM lfd. Nr. 1a							
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	3.201.000	2.195.000	5.396.000	3.214.000	2.195.000	5.409.000	
	RNr 1900 AW lfd. Nr. 8							
	<input type="checkbox"/>							
	Zu Nr. 1:							
	In 2016/2017 jeweils + 45.000 Euro							
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 10							
	<input type="checkbox"/>							
	in 2016/2017 jeweils + 2.000.000 Euro							
	<input type="checkbox"/>							
	Zweckbindungsvermerk:							
	Die Ausgaben sind zweckgebunden für die Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung und Initiierung der o. g. außerschulischen Lernorte.							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
	RNr 1900 DZ lfd. Nr. 4 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 150.000 Euro <input type="checkbox"/> Zu 20 (neu): "ALPHA Team Berlin-Brandenburg" <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro <input type="checkbox"/> Zu 21 (neu): "Christian Schenk Sports: 'Erkenne deine Stärken'" <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro <input type="checkbox"/> Zu 22 (neu): "Karsten Stahl: 'Gewaltpräventionsprogramm Camp Stahl'" <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro <input type="checkbox"/>						
68585	Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich	952.000	50.000	1.002.000	952.000	50.000	1.002.000
	RNr 1900 AW lfd. Nr. 9 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Zu Nr. 11 (neu): "Projekt Sing" <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro <input type="checkbox"/>						
1012	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden, beruflichen und zentral verwalteten Schulen -						
42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	109.000	70.000	179.000	109.000	70.000	179.000
	RNr 1900 DZ lfd. Nr. 5 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Zu 1.: Grün macht Schule und Kindergarten-Projekte <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 70.000 Euro <input type="checkbox"/>						
42777	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Bildungsverbünden	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000
	RNr 1900 AW-2 lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> MG 04 (neu) Bildungsverbünde <input type="checkbox"/> Zielstellung ist der Aufbau neuer und die Förderung und Vernetzung vorhandener Bildungsverbünde in den Bezirken; inklusive eines datengestützten Bildungsmanagements. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> RNr 1900 AW-2 lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Neu in MG 04 (Bildungsverbünde) <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 200.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei den Titeln 53477 und 68477. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Qualifizierter Sperrvermerk gem. § 22 Satz 3 LHO: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben sind bis zur Vorlage eines Konzepts über die Mittelverwendung gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.						
42780	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 1a <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Erweiterung des Deckungsvermerks: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42880, 51980, 52580 und 68480.						
42880	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte-Lehrkräfte, finanziert aus dem Verfügungsfonds)	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 1a <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Erweiterung der Zielstellung: <input type="checkbox"/> Dabei ist geplant, Lehrkräfte durch die Gewährung von zusätzlichen Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden zu entlasten. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Erweiterung des Deckungsvermerks: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 51980, 52580 und 68480.						

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
51980	Kleine Instandhaltungsarbeiten zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds	5.000.000	0	5.000.000		5.000.000	0	5.000.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 1a - Vorabefassung <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Erweiterung des Deckungsvermerks: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 42880, 52580 und 68480.							
52534	Unterstützung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes	5.820.000	1.600.000	7.420.000		5.750.000	1.600.000	7.350.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 12 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 42734, 42811 und 68434							
52580	Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds	4.998.000	-1.000	4.997.000		4.998.000	-1.000	4.997.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 1b <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Erweiterung des Deckungsvermerks: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 42880, 51980 und 68480.							
53477	Sachausgaben für Bildungsverbünde	0	200.000	200.000		0	200.000	200.000
	RNr 1900 AW-2 Nr. 3 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Neu in MG 04 (Bildungsverbünde) <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 200.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei den Titeln 42777 und 68477. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Qualifizierter Sperrvermerk gem. § 22 Satz 3 LHO: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben sind bis zur Vorlage eines Konzepts über die Mittelverwendung gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.							
68477	Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbünden	0	200.000	200.000		0	200.000	200.000
	RNr 1900 AW-2 lfd. Nr. 4 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Neu in MG 04 (Bildungsverbünde) <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 200.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei den Titeln 42777 und 53477. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Qualifizierter Sperrvermerk gem. § 22 Satz 3 LHO: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben sind bis zur Vorlage eines Konzepts über die Mittelverwendung gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.							
68480	Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds	1.000	0	1.000		1.000	0	1.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 1a <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Erweiterung des Deckungsvermerks: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 42880, 51980 und 52580.							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR			Veränderungen EUR	neu EUR
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	172.000	250.000	422.000		166.000	250.000	416.000
<input type="checkbox"/> Neues Projekt "Dialog macht Schule": <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> Neues Projekt "Seniorpartner@school": <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> RNr 1900 AW lfd. Nr. 10 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> RNr 1900 DC lfd. Nr. 6 <input type="checkbox"/> in 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro <input type="checkbox"/>								
1014	Landeszentrale für politische Bildungsarbeit							
52513	Politische Bildungsarbeit	287.000	50.000	337.000		287.000	50.000	337.000
<input type="checkbox"/> RNr 1900 AW lfd. Nr. 12 <input type="checkbox"/> In 2016: + 50.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> RNr 1900 BJ <input type="checkbox"/> In 2017: + 50.000 Euro <input type="checkbox"/>								
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	58.000	30.000	88.000		58.000	30.000	88.000
<input type="checkbox"/> RNr 1900 AW lfd. Nr. 13 <input type="checkbox"/>								
1015	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Grundschulen -							
42805	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte-Lehrkräfte	274.748.000	0	274.748.000		307.337.000	0	307.337.000
<input type="checkbox"/> RNr 1900 DS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Veränderungen: <input type="checkbox"/> Teilplan A <input type="checkbox"/> Lehrkraft E11 LEHR-E13 LEHR <input type="checkbox"/> 2016: + 200,000 Stellen <input type="checkbox"/>								
1018	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Gymnasien -							
42201	Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	233.871.000	1.000.000	234.871.000		240.185.000	1.000.000	241.185.000
<input type="checkbox"/> RNr 1900 AW lfd. Nr. 14 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Mehr für den Ausbau der Verwaltungsleiterstellen <input type="checkbox"/>								
42805	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte-Lehrkräfte	110.012.000	2.727.000	112.739.000		112.843.000	6.544.000	119.387.000
<input type="checkbox"/> RNr 1900 DC lfd. Nr. 13 <input type="checkbox"/>								
1040	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Jugend, Familie und Landesjugendamt -							
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte	100.000	0	100.000		100.000	0	100.000
<input type="checkbox"/> RNr 1900 DS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Veränderungen: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Teilplan B <input type="checkbox"/> Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Sozialarbeiter(in)/Sozialpädagogin/-agoge E9 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 6,000 Stellen sowie jeweils + 6,000 Stellenvermerke (0097) <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r E9 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 3,000 Stellen sowie jeweils + 3,000 Stellenvermerke (0097) <input type="checkbox"/>								
54010	Dienstleistungen	0	1.000	1.000		0	1.000	1.000
<input type="checkbox"/> Dienstleistungen im Rahmen des Kita-Ausbaus <input type="checkbox"/>								

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
67101	Ersatz von Ausgaben RNr 1900 DC lfd. Nr. 8 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Zweckbindungsvermerk: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben sind zweckgebunden für die Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder.	2.292.000	50.000	2.342.000	4.123.000	50.000	4.173.000	
68407	Zuschüsse im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms RNr 1900 DN lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Konsumtive Zuschüsse an Träger zur Schaffung vorschulischer Betreuungsplätze	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	
68436	Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten RNr 1900 AW lfd. Nr. 15 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> zu Nr. 6: <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 360.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Mehr für die weitere Gründung von Familienzentren.	3.468.000	360.000	3.828.000	3.522.000	360.000	3.882.000	
1042	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit -							
28290	Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke RNr 1900 AW lfd. Nr. 16	16.032.000	100.000	16.132.000	16.032.000	100.000	16.132.000	
68424	Zuschüsse für Eingliederungsmaßnahmen RNr 1900 DZ lfd. Nr. 6 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Zu 2.: Projekt "berliner jungs" des Trägers HILFE FÜR JUNGS e. V. <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro <input type="checkbox"/>	702.000	50.000	752.000	712.000	50.000	762.000	
68425	Zuschüsse für freie Jugendarbeit RNr 1900 AW lfd. Nr. 17 <input type="checkbox"/> Zu Nr. 3 Jugendkulturservice/Besucherförderung: <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Zu Nr. 11 (neu): "Mitternachtssport" <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 125.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Zu Nr. 12 (neu): "Migrantische Jugendorganisation MJSO" <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 75.000 Euro <input type="checkbox"/> RNr 1900 DC lfd. Nr. 2a <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils - 100.000 Euro	3.412.000	450.000	3.862.000	3.599.000	450.000	4.049.000	
	RNr. 1900 DY lfd. Nr. 5 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 250.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Nr. 11 (neu): Zuschuss an den offenen, pädagogisch betreuten Spielplatz "Kinderbauernhof Pinke-Panke"							
68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen RNr 1900 AW lfd. Nr. 18	16.032.000	100.000	16.132.000	16.032.000	100.000	16.132.000	
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland RNr 1900 DC lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/>	6.678.000	200.000	6.878.000	6.800.000	200.000	7.000.000	
	Nr. 6 (neu): <input type="checkbox"/> "Jugendkulturservice (JKS) - Freikartenregelung" <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 200.000 Euro							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
1070 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Wissenschaft -							
11921 Rückzahlungen von Zuwendungen		50.000	200.000	250.000	50.000	200.000	250.000
RNr 1900 AX 1. Spiegelstrich							
54025 Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche		1.105.000	-150.000	955.000	300.000	-150.000	150.000
RNr 1900 AX 2. Spiegelstrich							
67101 Ersatz von Ausgaben		7.634.000	-500.000	7.134.000	7.634.000	-500.000	7.134.000
RNr 1900 AX 3. Spiegelstrich							
<input type="checkbox"/> Zu "Begrüßungsgeld": <input type="checkbox"/>							
In 2016/2017 jeweils - 500.000 Euro							
67188 Eingliederungshilfe für behinderte Studierende Verpflichtungsermächtigungen		600.000 1.800.000	150.000 450.000	750.000 2.250.000	600.000 0	150.000 0	750.000 0
RNr 1900 AX 4. Spiegelstrich <input type="checkbox"/>							
<input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 150.000 Euro <input type="checkbox"/>							
<input type="checkbox"/> VE 2016: + 450.000 Euro <input type="checkbox"/>							
2017: + 150.000 Euro <input type="checkbox"/>							
2018: + 150.000 Euro <input type="checkbox"/>							
2019: + 150.000 Euro							
68517 Zuschuss für Bauvorbereitungsmittel an die Charité-Universitätsmedizin Berlin		3.500.000	300.000	3.800.000	6.500.000	300.000	6.800.000
RNr 1900 DA lfd. Nr. 17 <input type="checkbox"/>							
<input type="checkbox"/> Die Maßnahme "Neubau einer Rettungsstelle am Charité-Standort Campus Franklin" ist als neues Projekt in die nächste Investitionsplanung aufzunehmen (verbindliche Erläuterung).							
68521 Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen Verpflichtungsermächtigungen		4.900.000 19.600.000	500.000 2.000.000	5.400.000 21.600.000	4.900.000 0	500.000 0	5.400.000 0
RNr 1900 AX 5. Spiegelstrich							
<input type="checkbox"/> in 2016/2017 jeweils + 500.000 Euro <input type="checkbox"/>							
<input type="checkbox"/> Mehr zur weiteren Sicherung der Qualität der Lehre an Berliner Hochschulen.							
RNr 1900 DC lfd. Nr. 3 <input type="checkbox"/>							
<input type="checkbox"/> VE 2016: + 2.000.000 Euro <input type="checkbox"/>							
2017: + 500.000 Euro <input type="checkbox"/>							
2018: + 500.000 Euro <input type="checkbox"/>							
2019: + 500.000 Euro <input type="checkbox"/>							
2020: + 500.000 Euro							
89404 Zuschuss an das Berliner Institut für Gesundheitsforschung für Investitionen		6.699.000	0	6.699.000	7.199.000	0	7.199.000
RNr 1900 AX 6. Spiegelstrich							
<input type="checkbox"/> Die Ausgaben können bis zur Höhe von 20 % zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden (verbindliche Erläuterung).							
1091 Sekretariat der Kultusministerkonferenz							
23202 Anteil der Länder an den Ausgaben des Sekretariats der Kultusministerkonferenz		19.088.000	1.127.000	20.215.000	19.389.000	1.096.000	20.485.000
RNr 1900 DC lfd. Nr. 4a							
23293 Zuweisungen und Ersatz von Auslagen durch die Länder für die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe		0	1.310.000	1.310.000	0	1.122.000	1.122.000
RNr 1900 DC lfd. Nr. 5a							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte(n)	188.000	927.000	1.115.000	192.000	943.000	1.135.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 4b □						
	Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB)□						
	Tarifbeschäftigte/r EntGr 15□						
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 sowie jeweils + 1,000						
	Stellenvermerk (0102)□						
	Tarifbeschäftigte/r EntGr 13□						
	In 2016/2017 jeweils + 6,500 sowie jeweils + 6,500						
	Stellenvermerk (0102)□						
	Tarifbeschäftigte/r EntGr 11□						
	In 2016/2017 jeweils + 3,500 sowie jeweils + 3,500						
	Stellenvermerk (0102)□						
	Tarifbeschäftigte/r EntGr 10□						
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 sowie jeweils + 1,000						
	Stellenvermerk (0102)□						
	Tarifbeschäftigte/r EntGr 9□						
	In 2016/2017 jeweils + 3,000 sowie jeweils + 3,000						
	Stellenvermerk (0102)□						
	Tarifbeschäftigte/r EntGr 6□						
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 sowie jeweils + 1,000						
	Stellenvermerk (0102)□						
	□						
	(0102) Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2020 weg.						
42893	Entgelte der Tarifbeschäftigte(n) der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	0	959.000	959.000	0	959.000	959.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 5b □						
	□						
	Stellenplanmäßige Auswirkungen ab 2016:□						
	+ 1.000 E15□						
	+ 7.000 E13□						
	+ 7.000 E11□						
	+ 1.000 E6□						
	jeweils mit Stellenvermerk 0098						
	(Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2018 weg.)						
44379	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	9.500	1.000	10.500	9.500	1.000	10.500
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 4c						
44393	Fürsorgeleistungen für Beschäftigte der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 5c						
51101	Geschäftsbedarf	302.000	47.000	349.000	302.000	48.000	350.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 4d						
51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	23.700	29.600	53.300	11.100	0	11.100
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 4e						
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	100.000	27.000	127.000	90.000	0	90.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 4k						
51193	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	0	50.000	50.000	0	20.000	20.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 5d						
51194	Sachausgaben für die IuK-Technik der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	0	154.000	154.000	0	21.000	21.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 5e						
51701	Bewirtschaftungsausgaben	466.000	29.000	495.000	466.000	29.000	495.000
	RNr 1900 DC lfd. Nr. 4f						

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
51793	Bewirtschaftung der Räume der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe RNr 1900 DC lfd. Nr. 5f	0	28.700	28.700	0	28.700	28.700
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume RNr 1900 DC lfd. Nr. 4g	1.025.000	76.000	1.101.000	1.025.000	76.000	1.101.000
51893	Mieten für Räumlichkeiten sowie Maschinen und Geräte der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe RNr 1900 DC lfd. Nr. 5g	0	82.800	82.800	0	82.800	82.800
52793	Dienstreisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe RNr 1900 DC lfd. Nr. 5h	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen RNr 1900 DC lfd. Nr. 4h	5.000	25.000	30.000	5.000	0	5.000
53193	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe RNr 1900 DC lfd. 5i	0	30.700	30.700	0	5.700	5.700
54010	Dienstleistungen RNr 1900 DC lfd. Nr. 4i	121.000	15.000	136.000	80.100	0	80.100
54085	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik RNr 1900 DC lfd. Nr. 4l	63.000	10.000	73.000	63.000	10.000	73.000
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland RNr 1900 DC lfd. Nr. 4j	4.126.000	0	4.126.000	4.096.000	47.000	4.143.000
11 Gesundheit und Soziales							
1110	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales - Gesundheit -						
54010	Dienstleistungen Verpflichtungsermächtigungen RNr 1900 CA lfd. Nr. 2 □ □ zu Nr. 1:□ in 2016/2017 jeweils - 112.000 Euro□ zu Nr. 11: (Streichung)□ In 2017: - 40.000 Euro□ □ VE 2016: - 12.000 Euro	1.572.000 408.000	-112.000 -12.000	1.460.000 396.000	886.000 0	-152.000 0	734.000 0
68335	Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Schließung oder Umstellung- RNr 1900 AO lfd. Nr. 3	111.000	-20.000	91.000	225.000	-32.000	193.000
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen RNr 1900 DB lfd. Nr. 5 □ □ zu Nr. 6□ In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro RNr. 1900 DY lfd. Nr. 6 □ □ In 2016/2017 jeweils + 150.000 Euro□ Nr. 9 (neu) Muslimische Telefonseelsorge	6.154.000	250.000	6.404.000	6.273.000	250.000	6.523.000
68431	Zuschüsse im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) Verpflichtungsermächtigungen RNr 1900 AO Nr. 2 □ □ VE 2016: + 37.200 Euro□ (Anmerkung: Gemäß Rundungsvorschrift beträgtliche Anpassung von + 37.200 Euro auf + 38.000 Euro)	13.069.000 7.039.000	9.000 38.000	13.078.000 7.077.000	13.405.000 0	9.000 0	13.414.000 0

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR			Veränderungen EUR	neu EUR
1150 Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales - Soziales -								
52610 Gutachten Verpflichtungsermächtigungen		275.000 500.000	-177.000 -500.000	98.000 0	275.000 0	-125.000 500.000	150.000 500.000	
RNr 1900 AO lfd. Nr. 4 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Die Sperrvermerke sind zu streichen bzw. anzupassen								
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Verpflichtungsermächtigungen		14.963.000 8.338.000	2.700.000 11.353.000	17.663.000 19.691.000	15.264.000 0	2.700.000 0	17.964.000 0	
RNr 1900 AO lfd. Nr. 5 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> in 2016/2017 jeweils + 200.000 Euro <input type="checkbox"/> VE 2016: + 841.000 Euro								
RNr 1900 DB lfd. Nr. 6 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> zu I Nr. 1: <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 2.000.000 Euro <input type="checkbox"/> zu II Nr. 2 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 500.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> VE 2016: + 10.512.000 Euro <input type="checkbox"/> 2017: + 2.550.000 Euro <input type="checkbox"/> 2018: + 2.601.000 Euro <input type="checkbox"/> 2019: + 2.654.000 Euro <input type="checkbox"/> 2020: + 2.707.000 Euro								
68455 Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren		5.178.000	50.000	5.228.000	5.281.000	50.000	5.331.000	
RNr 1900 DB lfd. Nr. 7								
1160 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -								
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen		1.853.000	100.000	1.953.000	1.853.000	100.000	1.953.000	
RNr 1900 CA lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Zu Nr. 1: <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro								
1166 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -								
42201 Beziege der planmäßigen Beamten/Beamtinnen		2.231.000	0	2.231.000	2.291.000	0	2.291.000	
RNr 1900 DS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Veränderungen: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Teilplan A <input type="checkbox"/> Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Amtsrätin/-rat A12 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 5,000 Stellen sowie jeweils + 5,000 Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Regierungsamtfrau/-mann A11 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 10,000 Stellen sowie jeweils + 10,000 Stellenvermerke (0108) <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Regierungsoberinspektor/in A10 <input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 15,000 Stellen sowie jeweils + 15,000 Stellenvermerke (0108)								

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte(n)	3.556.000	0	3.556.000	3.645.000	0	3.645.000
	RNr. 1900 DS lfd. Nr. 1 □						
	□						
	Stellenplanmäßige Veränderungen□						
	□						
	Teilplan A□						
	Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk□						
	□						
	Tarifbeschäftigte/r E9□						
	In 2016/2017 jeweils + 58.000 Stellen sowie jeweils + 58.000 Stellenvermerke (0097)□						
	□						
	Tarifbeschäftigte/r E6□						
	In 2016/2017 jeweils + 30.000 Stellen sowie jeweils + 30.000 Stellenvermerke (0097)						
12	Stadtentwicklung und Umwelt						
1200	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -						
42201	Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	4.261.000	0	4.261.000	4.357.000	0	4.357.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 21 □						
	□						
	Umsetzung vom Epl. 12 zum Epl. 03 befristet bis zum 31.12.2016□						
	Staatssekretär/in BesGr. B 7□						
	In 2016: - 1.000 Planstelle□						
	Oberregierungsrätin/-rat BesGr. A 14□						
	In 2016: - 1.000 Planstelle						
1210	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Stadt- und Freiraumplanung -						
54010	Dienstleistungen	1.300.000	50.000	1.350.000	1.330.000	50.000	1.380.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.1)						
54048	Maßnahmen zur Umsetzung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung	200.000	100.000	300.000	200.000	100.000	300.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.2)						
54106	Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft	3.203.000	200.000	3.403.000	3.283.000	200.000	3.483.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.3)						
67101	Ersatz von Ausgaben	4.368.000	38.000	4.406.000	1.215.000	38.000	1.253.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 1 □						
	□						
	Zu Nr. 2:□						
	In 2016/2017 jeweils + 8.000 Euro□						
	□						
	Zu Nr. 3:□						
	In 2016/2017 jeweils + 30.000 Euro						
68203	Zuschuss an die Grün Berlin GmbH	10.500.000	800.000	11.300.000	11.500.000	500.000	12.000.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 2						
68501	Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz	700.000	100.000	800.000	700.000	100.000	800.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.5)						
89366	Zuschüsse für Investitionen zur Durchführung der Internationalen Gartenausstellung (IGA)	4.696.000	0	4.696.000	6.709.000	0	6.709.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.6.) □						
	□						
	Ausgaben in Höhe von 100.000 Euro p. a. sind für dezentrale Projekte der Bezirke im Rahmen der IGA 2017; bis zur Auswahl der Projekte sind die Mittel gesperrt (verbindliche Erläuterung).						

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
1211 Berliner Forsten							
12511 Verkaufserlöse		3.200.000	300.000	3.500.000	3.200.000	300.000	3.500.000
RNr 1900 AK (Nr. I.20.)							
42201 Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen		2.264.000	28.000	2.292.000	2.325.000	29.000	2.354.000
RNr 1900 DY lfd. Nr 7							
<input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Anpassungen:							
Leiter Forstamt							
Oberforsträtin/-rat BesGr. A 14							
In 2016: - 4.000 Planstellen							
In 2017: - 4.000 Planstellen							
Forstdirektor/in BesGr. A 15							
In 2016: + 4.000 Planstellen							
In 2017: + 4.000 Planstellen							
52124 Unterhaltung der Forsten		1.060.000	100.000	1.160.000	1.060.000	0	1.060.000
RNr 1900 AK (Nr. I.7.)							
54109 Mischwaldprogramm		300.000	900.000	1.200.000	300.000	900.000	1.200.000
RNr 1900 CH lfd. Nr. 3							
<input type="checkbox"/> Qualifizierter Sperrvermerk gemäß § 22 Satz 3 LHO:							
Die Ausgaben sind in Höhe von 900.000 Euro bis zur Vorlage eines schlüssigen Konzepts gesperrt. Die Aufhebung der Sperrre ist bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.							
<input type="checkbox"/> Die Mittel sind für die Neupflanzung sowie für die kontinuierliche Pflege einzusetzen (verbindliche Erläuterung).							
67101 Ersatz von Ausgaben		20.000	180.000	200.000	20.000	0	20.000
RNr 1900 AK (Nr. I.8.)							
68458 Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit		850.000	145.000	995.000	850.000	145.000	995.000
RNr 1900 CH lfd. Nr. 4							
<input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro							
RNr 1900 DY lfd. Nr. 8							
<input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 45.000 Euro							
Mittel in Höhe von 45.000 Euro in 2016 und 2017 sind für mobile Waldschulen („Rucksack-Waldschulen“) einzusetzen (verbindliche Erläuterung).							
1213 Landesdenkmalamt							
52116 Denkmalpflegerische Maßnahmen in Grünanlagen		400.000	50.000	450.000	415.000	50.000	465.000
RNr 1900 AK (Nr. I.10.)							
68463 Zuschüsse zur Durchführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres		12.000	8.000	20.000	12.000	8.000	20.000
RNr 1900 AK (Nr. I.11.)							
89360 Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes		2.500.000	500.000	3.000.000	2.500.000	500.000	3.000.000
RNr 1900 AK (Nr. I.12.)							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
1220	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Städtebau und Projekte -						
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte(n)	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000
	RNr. 1900 DS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Veränderungen <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/> Teilplan A <input type="checkbox"/>						
	Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche <input type="checkbox"/> Hochschulbildung) E13 <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 2,000 Stellen sowie jeweils + 2,000 Stellenvermerke (0097) <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/> Technische/r Tarifbeschäftigte/r E12 <input type="checkbox"/>						
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0097)						
52609	Thematische Untersuchungen	250.000	150.000	400.000	250.000	150.000	400.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 5 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/> Qualifizierter Sperrvermerk gemäß § 22 Satz 3 LHO: <input type="checkbox"/>						
	Die Ausgaben in Höhe von 150.000 Euro sind gesperrt; vor der Verausgabung ist über die Verwendung der Mittel zu berichten. Die Aufhebung der Sperrre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.						
52611	Städtebauliche Wettbewerbe	600.000	-100.000	500.000	500.000	-80.000	420.000
	RNr 1900 DY lfd. Nr. 9 <input type="checkbox"/>						
	<input type="checkbox"/> zu Nr. 4 (Streichung der Mittel): <input type="checkbox"/>						
	In 2016 - 100.000 Euro <input type="checkbox"/>						
	In 2017 - 80.000 Euro						
54010	Dienstleistungen	260.000	0	260.000	260.000	0	260.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 6 <input type="checkbox"/>						
	Nr. 8 (neu): <input type="checkbox"/>						
	Städtebaulicher Denkmalschutz						

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
54082	Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof (Tempelhof Projekt GmbH) Verpflichtungsermächtigungen	0 0	7.305.000 800.000	7.305.000 800.000	7.305.000 800.000	0 0	7.805.000 800.000	7.805.000 800.000
	RNr 1900 DX lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	VE 2016: + 800.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	2017: + 600.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	2018: + 200.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	VE 2017: + 800.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	2018: + 600.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	2019: + 200.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 89364 und 54082 sind gegenseitig deckungsfähig. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Zur Bewirtschaftung und Entwicklung des Tempelhofer Feldes einschließlich des Flughafengebäudes hat Berlin die Tempelhof Projekt GmbH gegründet. Alle im Zusammenhang mit der Verwaltung und Entwicklung des Gebäudes sowie mit der geplanten Entwicklung der Baufelder stehenden delegierbaren Aufgaben wurden an die Gesellschaft übertragen. Soweit ihre Ausgaben nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden, erhält sie eine Vergütung. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Aufgrund des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld konzentriert sich die Arbeit der Gesellschaft auf die Entwicklung und Bewirtschaftung des denkmalgeschützten Gebäudes mit dem Ziel der Konversion von einem ehemaligen Flughafen zu einer neuen, zeitgemäßen Nutzung unter Berücksichtigung der stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Ziele des Landes Berlin. <input type="checkbox"/>							
	Priorität haben dabei Maßnahmen, die erforderlich sind, um <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	- die Veranstaltungsnutzungen zu sichern und zu verstetigen, <input type="checkbox"/>							
	- das Gebäude für Gäste Berlins und Berlinerinnen und Berliner erlebbar und zugänglich zu machen, <input type="checkbox"/>							
	- Dauermietflächen nach Renditeerwartung gestaffelt zu aktivieren und <input type="checkbox"/>							
	- die Situation für Bestandsmieter zu verbessern. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Als neue wichtige temporäre Aufgabe sind die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen hinzugekommen. <input type="checkbox"/>							
	Die Zuschüsse für Investitionen in das Gebäude werden beim Titel 89364 nachgewiesen. <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung und der Entwicklung der Freiflächen werden ab 2016 bei Kapitel 1210, Titel 68203 (Grün Berlin GmbH) und 89374 (Grün Berlin Stiftung) nachgewiesen. <input type="checkbox"/>							
	Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere erforderlich für jahresübergreifende bauliche Maßnahmen zur Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes, soweit es sich nicht um investive Maßnahmen handelt. Darüber hinaus werden aus Kostengründen zum Teil längerfristige Verträge im Zusammenhang mit der Gebäudewirtschaftung geschlossen (z. B. Facility Management).							
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	45.000	45.000	45.000	0	45.000	45.000
	RNr 1900 DY lfd. Nr. 10 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Die Mittel stehen gemeinnützigen Vereinen zur Einrichtung und Unterhaltung von Hundeauslaufplätzen auf ihnen von den Bezirken zu diesem Zweck überlassenen Flächen in einer Höhe von maximal 7.500 Euro pro Verein zur Verfügung (verbindliche Erläuterung).							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
89364	Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof Verpflichtungsermächtigungen	18.000.000 10.500.000	-7.805.000 -800.000	10.195.000 9.700.000		18.000.000 10.500.000	-7.805.000 -800.000	10.195.000 9.700.000
	RNr 1900 AK I. Nr. 21 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016: - 500.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	RNr 1900 DX lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016: - 7.305.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	In 2017: - 7.805.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	VE 2016: - 800.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	2017: - 800.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	VE 2017: - 800.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	2018: - 800.00 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 89364 und 54082 sind gegenseitig deckungsfähig. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Die Erläuterung des Titels 89364 wird gegenüber der bisherigen Fassung verkürzt: <input type="checkbox"/>							
	„Zu den Aufgaben der Tempelhof Projekt GmbH s. Erläuterung des Titels 54082“ <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Beim Titel 89364 werden die Zuschüsse an die Tempelhof Projekt GmbH nachgewiesen, die zur Finanzierung von investiven Maßnahmen am und im Gebäude des ehemaligen Flughafens Tempelhof erforderlich sind. Ausgaben für die Grundstücksbewirtschaftung und Vermarktung werden im Wesentlichen über die Einnahmen aus der Vermietung oder Verpachtung der Tempelhof Projekt GmbH finanziert. <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Die investiven Ausgaben im Zusammenhang mit der Entwicklung der Freiflächen werden ab 2016 bei Kapitel 1210, Titel 89374 (Grün Berlin Stiftung) nachgewiesen.							
1240	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt -							
33102	Zuweisungen des Bundes für Investitionen	2.000.000	300.000	2.300.000		3.180.000	2.934.000	6.114.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 7 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2017: + 467.000 Euro							
	RNr 1900 DB lfd. Nr. 8 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016: + 300.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	In 2017: + 2.467.000 Euro							
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte(n)	273.000	199.000	472.000		280.000	203.000	483.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 8 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Erläuterung Stellenplan: <input type="checkbox"/>							
	Tarifbeschäftigte/r E14, <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils 1.000 Beschäftigungsposition mit jeweils 1.000 Stellenvermerk (0102) <input type="checkbox"/>							
	Tarifbeschäftigte/r E13, <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils 1.000 Beschäftigungsposition mit jeweils 1.000 Stellenvermerk (0102) <input type="checkbox"/>							
	Tarifbeschäftigte/r E12, <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils 1.000 Beschäftigungsposition mit jeweils 1.000 Stellenvermerk (0102) <input type="checkbox"/>							
	RNr 1900 DS lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Stellenplanmäßige Veränderungen: <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Teilplan A <input type="checkbox"/>							
	Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung) E13 <input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 1.000 Stelle sowie jeweils + 1.000 Stellenvermerk (0097) <input type="checkbox"/>							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
51904	Sachmittel für Freiwilligenarbeit RNr 1900 AI (Nr. I.1.)	1.000.000	500.000	1.500.000		1.000.000	500.000	1.500.000
54005	Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten RNr 1900 AI (Nr.I.2.)	500.000	1.000.000	1.500.000		500.000	1.000.000	1.500.000
54047	Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel RNr 1900 DD lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54047 und 89365 im Kapitel 1240 sind untereinander uneingeschränkt deckungsfähig. <input type="checkbox"/>	5.075.000	2.000.000	7.075.000		7.075.000	2.000.000	9.075.000
89361	Zuschüsse zur Förderung von Nationalen Projekten des Städtebaus RNr 1900 CH Lfd. Nr. 9 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> in 2017: + 700.000 Euro RNr 1900 DB lfd. Nr. 8 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> In 2016 + 667.000 Euro <input type="checkbox"/> In 2017 + 5.145.000 Euro	2.873.000	667.000	3.540.000		4.636.000	5.845.000	10.481.000
89365	Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel Verpflichtungsermächtigungen RNr 1900 DD lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Deckungsvermerk: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54047 und 89365 in Kapitel 1240 sind untereinander uneingeschränkt deckungsfähig. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> VE 2016: + 6.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2017: + 3.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2018: + 1.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2019: + 1.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2020: + 1.000.000 Euro <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> VE 2017: + 6.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2018: + 2.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2019: + 2.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2020: + 1.000.000 Euro <input type="checkbox"/> 2021: + 1.000.000 Euro	6.000.000 23.400.000	3.000.000 6.000.000	9.000.000 29.400.000		6.000.000 23.000.000	3.000.000 6.000.000	9.000.000 29.000.000
89371	Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen RNr 1900 CH Lfd. Nr. 10 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> in 2017: - 233.000 Euro	2.820.000	0	2.820.000		2.250.000	-233.000	2.017.000
89381	Zuschüsse für Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden RNr 1900 AI (Nr. I.3.) <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ergänzung zur bisherigen Erläuterung: „Durchführung von Pilotprojekten zur Förderung von Aufzugsanlagen in bestehenden Wohnbauten“.	3.300.000	200.000	3.500.000		3.300.000	200.000	3.500.000
89382	Vorbereitung und Durchführung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten RNr 1900 AI (Nr. I.4.) <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ergänzung der Titelbezeichnung ...Wohnungsbauprojekten "und Förderung zur Gründung von Wohnungsgenossenschaften"	650.000	250.000	900.000		650.000	250.000	900.000

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
1250 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Hochbau -							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte		1.000	0	1.000	1.000	0	1.000
RNr 1900 DS lfd. Nr. 1							
<input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Veränderungen:							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
<input type="checkbox"/>							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung) E14							
In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0097)							
<input type="checkbox"/>							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung) E13							
In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0097)							
<input type="checkbox"/>							
<input type="checkbox"/> Haushaltsvermerke (Stellenvermerke)							
<input type="checkbox"/>							
0029 Stelle fällt nach Abschluss der Bearbeitung der Anträge nach dem 4. SED-UnBerG, spätestens am 31.12.2019, bei Freiwerden weg.							
0097 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2017 weg.							
0101 Stelle ist gesperrt.							
0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.							
0108 Stelle fällt nach dem 31.12.2017 bei Entspannung der Flüchtlingssituation bei Freiwerden weg.							
70701 Beuth-Hochschule, Bau eines Hochschulgebäudes mit gemischter Nutzung am Campus Mitte		0	300.000	300.000	0	300.000	300.000
RNr 1900 DC lfd. Nr. 14							
1255 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Tiefbau -							
42831 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)		2.152.000	137.000	2.289.000	2.205.000	141.000	2.346.000
RNr 1900 CH Lfd. Nr. 11							
52117 Ufersanierung		200.000	200.000	400.000	200.000	200.000	400.000
RNr 1900 AI (Nr. I.8.)							
72001 Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes		6.460.000	-500.000	5.960.000	3.377.000	-500.000	2.877.000
RNr 1900 AK (Nr. II.5.)							
72014 Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen		3.000.000	500.000	3.500.000	3.000.000	500.000	3.500.000
RNr 1900 AI (Nr. I.9.)							
72332 Ausbau der Panke in Berlin Mitte und Pankow (Phase II)		500.000	0	500.000	3.500.000	-500.000	3.000.000
RNr 1900 CH lfd. Nr. 12							
<input type="checkbox"/>							
Qualifizierter Sperrvermerk gemäß § 22 Satz 3 LHO:							
Die Ausgaben für 2017 sind bis zur Vorlage eines konsensualen Konzeptes der betroffenen Bezirkes gesperrt. Die Aufhebung der Sperrre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
1270	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Verkehr -							
23110	Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz	410.562.000	5.000.000	415.562.000	416.721.000	5.000.000	421.721.000	
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 13							
52121	Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit	1.300.000	200.000	1.500.000	1.300.000	200.000	1.500.000	
	RNr 1900 AI (Nr. I.10.)							
52609	Thematische Untersuchungen	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	
	RNr 1900 DA lfd. Nr. 18 □							
	□							
	Die Ausgaben sind bestimmt für eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung von Radschnellwegen auf der Stammbahntrasse sowie entlang der Strecke der U1.							
54010	Dienstleistungen	936.000	50.000	986.000	925.000	50.000	975.000	
	RNr 1900 AI (Nr. I.11.) □							
	□							
	Nr. 19 (neu):□							
	In 2016/2017 jeweils + 50.000 Euro □							
	(für eine Vorstudie zur Bedarfsermittlung, ob ein zweiter ZOB-Standort in Berlin notwendig ist.)							
54059	Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität	2.355.000	350.000	2.705.000	2.205.000	350.000	2.555.000	
	RNr 1900 AI (Nr. I.12.)							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR			Veränderungen EUR	neu EUR
54081	Leistungen des S-Bahnverkehrs Verpflichtungsermächtigungen	260.440.000 1.121.000.000	5.000.000 -863.000.000	265.440.000 258.000.000	264.786.000 1.878.000.000	269.786.000 157.000.000	5.000.000 157.000.000	269.786.000 2.035.000.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 14 □							
	□ Qualifizierter Sperrvermerk gemäß § 22 Satz 3 LHO:□							
	Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.							
	Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.□							
	□ VE 2016: - 863.000.000 Euro□							
	2017: - 4.989.000 Euro□							
	2018: - 63.825.000 Euro□							
	2019: - 70.443.000 Euro□							
	2020: - 103.010.000 Euro□							
	2021: - 620.733.000 Euro□							
	□ VE 2017: + 157.000.000 Euro□							
	2018: + 238.258.000 Euro□							
	2019: + 243.673.000 Euro□							
	2020: + 249.202.000 Euro□							
	2021: + 253.310.000 Euro□							
	2022 ff: - 827.443.000 Euro□							
	□ Die Erläuterung zum Titel 54081 ist wie folgt neu zu fassen:□							
	- Zahlungen an die S-Bahn Berlin GmbH für Verkehrsleistungen des S-Bahnverkehrs entsprechend Verkehrsvertrag 2003-2017. Die Finanzierung der für den Weiterbetrieb nach 2017 notwendigen Ertüchtigung der Fahrzeuge der Baureihen 485 und 480, die in 2015 begonnen wurde, soll anteilig aus nicht verbrauchten Mitteln aufgrund von Nicht- und Schlechteleistungen aus dem laufenden Verkehrsvertrag erfolgen. Mehr aufgrund bestehender vertraglicher Verpflichtungen.□							
	- Darüber hinaus nicht verbrauchte Mittel aus dem laufenden Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH können zur Finanzierung der Beschaffung und Ertüchtigung von Schienenfahrzeugen der Rücklage bei Titel 91903 zugeführt werden.							
	- Die Verpflichtungsermächtigungen im Jahr 2016 in Höhe von 258 Mio. € sind zur haushaltsmäßigen Absicherung der Direktvergabe des Interimsvertrages I des Teilnetzes Ring für den Zeitraum ab Dezember 2017 bis 2020/2023 einschließlich der Erstattung der Ausgaben für die Fahrzeugertüchtigung der Altfahrzeuge im Zeitraum 2018 bis 2022 vorgesehen.□							
	- Die Verpflichtungsermächtigungen im Jahr 2017 in Höhe von rd. 2,0 Mrd. € beinhalten die haushaltsmäßige Absicherung des Interimsvertrages II für die Teilnetze Stadtbahn und Nord-Süd für den Zeitraum 2017 bis 2023 bzw. 2026 sowie die Service- und Vertriebsleistungen für das Teilnetz Ring im Zeitraum des Interimsvertrages I.							
68353	Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems Verpflichtungsermächtigungen	1.500.000 0	0 6.000.000	1.500.000 6.000.000	1.500.000 0	0 0	1.500.000 0	1.500.000 0
	RNr 1900 DW □							
	□ VE 2016: + 6.000.000 Euro□							
	2017: + 1.500.000 Euro □							
	2018: + 1.500.000 Euro□							
	2019: + 1.500.000 Euro□							
	2020: + 1.500.000 Euro□							
	□ Der zunächst im Rahmen eines Pilotprojektes des Bundes geförderte Aufbau eines „öffentlichen Fahrradangebots“ im Innenstadtbereich wird ab 2016 nach Abschluss eines wettbewerblichen Verfahrens an einen externen Betreiber vergeben, der mit dem Weiterbetrieb, der Betreuung und der stufenweisen Ausweitung des bisherigen Projektes beauftragt wird.□							
	Unter Berücksichtigung der erzielbaren Einnahmen erhält der Betreiber einen Zuschuss des Landes Berlin über einen Zeitraum von 5 Jahren zur Deckung der Betriebskosten							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
1271 Verkehrslenkung Berlin								
54010 Dienstleistungen		1.800.000	500.000	2.300.000		1.800.000	500.000	2.300.000
	RNr 1900 AI (Nr. I.13.)							
1280 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Integrativer Umweltschutz -								
11147 Grundwasserentnahmengelt		54.900.000	500.000	55.400.000		54.900.000	500.000	55.400.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.22.)							
54010 Dienstleistungen		1.000.000	300.000	1.300.000		1.030.000	300.000	1.330.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.15.)							
1290 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz -								
54010 Dienstleistungen		800.000	20.000	820.000		840.000	20.000	860.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.16.)							
68456 Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres		620.000	190.000	810.000		620.000	570.000	1.190.000
Verpflichtungsermächtigungen		406.000	387.000	793.000		406.000	387.000	793.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.17) □							
	□							
	VE 2016: + 387.000 Euro □							
	2017: + 387.000 Euro □							
	VE 2017: + 387.000 Euro □							
	2018: + 387.000 Euro							
1291 Klimaschutz und Energie								
54101 Klimaschutz als Bildungsinhalt		100.000	40.000	140.000		100.000	40.000	140.000
	RNr 1900 AK (Nr. I.18.)							
1295 Förderung des Wohnungsbaus								
18141 Rückflüsse von Wohnungsbauförderdarlehen		195.000.000	56.197.000	251.197.000		195.000.000	56.577.000	251.577.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 15 □							
	□							
	In 2016: + 6.197.000 Euro □							
	In 2017: + 6.577.000 Euro							
	RNr 1900 DU lfd. Nr. 1 □							
	□							
	in 2016/2017: jeweils + 50.000.000 Euro							
33102 Zuweisungen des Bundes für Investitionen		32.584.000	31.500.000	64.084.000		32.584.000	31.500.000	64.084.000
	RNr 1900 DP lfd. Nr. 1 □							
	RNr 1900 CW lfd. Nr. 9							
54010 Dienstleistungen		1.105.000	3.305.000	4.410.000		1.005.000	3.100.000	4.105.000
Verpflichtungsermächtigungen		900.000	3.100.000	4.000.000		0	4.500.000	4.500.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 16 □							
	□							
	VE 2016: + 3.100.000 Euro □							
	2017: + 3.100.000 Euro □							
	□							
	VE 2017: + 4.500.000 Euro □							
	2018: + 4.500.000 Euro □							
	□							
	Im zweiten Satz des dritten Absatzes werden die Beträge 995.000 Euro und 900.000 Euro durch die Beträge 4.300.000 Euro und 4.000.000 Euro ersetzt.							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
68127	Zuschüsse zur Begrenzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau Verpflichtungsermächtigungen	25.000.000 15.000.000	1.400.000 -6.200.000	26.400.000 8.800.000		30.000.000 15.000.000	5.500.000 -6.100.000	35.500.000 8.900.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 17 □ □ VE 2016: - 6.200.000 Euro □ 2017: - 6.200.000 Euro □ □ VE 2017: - 6.100.000 Euro □ 2018: - 6.100.000 Euro							
68148	Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung Verpflichtungsermächtigungen	907.000 17.219.000	-907.000 -17.219.000	0	0	1.994.000 20.663.000	-1.994.000 -20.663.000	0
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 18							
86340	Wohnungsneubaufonds Verpflichtungsermächtigungen	53.475.000 121.125.000	-53.475.000 -121.125.000	0	0	89.525.000 145.350.000	-89.525.000 -145.350.000	0
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 19 □ VE 2016: -121.125.000 Euro □ VE 2017: -145.350.000 Euro							
88402	Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)	0	54.382.000	54.382.000		0	91.519.000	91.519.000
	RNr 1900 CH lfd. Nr. 20 □ In 2016 kann das Sondervermögen Verpflichtungen für Folgejahre in Höhe von 138.344.000 Euro und in 2017 in Höhe von 166.013.000 Euro eingehen. □ □ Das Sondervermögen dient der Finanzierung von Förderprogrammen und der Durchführung notwendiger Dienstleistungen □ 1) zum Wohnungsbau, einschließlich des erstmaligen Erwerbs des Wohnraums □ 2) zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum □ 3) zum Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum sowie □ 4) zum Erwerb von bestehendem Wohnraum □ Eine Finanzierung erfolgt nur für solche Förderprogramme, für deren Durchführung die für das Wohnungswesen zuständige Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen Verwaltungsvorschriften erlassen hat. Die Ausgaben sind vorgesehen für die Gewährung von zinslosen Baudarlehen (2016: 53.475.000 Euro, 2017: 89.525.000 Euro) und Einkommensorientierten Zuschüssen (2016: 907.000 Euro, 2017: 1.994.000 Euro). □ □ Dem Sondervermögen werden die bei 1295/86340 nach 2016 zu übertragenden Reste zugeführt. □ □ Die Ausfinanzierung bis zum 31.12.2015 bei dem Titel 86340 eingegangenen Verpflichtungen erfolgt ab 2016 aus dem Sondervermögen.							
13	Wirtschaft, Technologie und Forschung							
1300	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -							
51168	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IuK-Technik	7.600	62.500	70.100		102.000	0	102.000
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 1 □ □ zu Nr. 2: □ In 2016: + 62.500 Euro □ □ Streichung des Sperrvermerks							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
54085	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	46.100	55.900	102.000	405.000	0	405.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 2 sowie RNr 1900 AN-1 lfd. Nr. 2							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 3:							
	In 2016: + 55.900 Euro							
	<input type="checkbox"/>							
	Streichung der Sperrvermerke							
1320	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschaft -							
53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	260.000	35.000	295.000	260.000	35.000	295.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 3							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 3:							
	In 2016/2017 jeweils + 35.000 Euro							
54010	Dienstleistungen Verpflichtungsermächtigungen	1.047.000 167.000	37.000 57.000	1.084.000 224.000	1.047.000 367.000	37.000 57.000	1.084.000 424.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 4							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 4:							
	In 2016/2017 jeweils + 37.000 Euro							
	<input type="checkbox"/>							
	VE 2016: + 57.000 Euro							
	2017: + 57.000 Euro							
	VE 2017: + 57.000 Euro							
	2018: + 57.000 Euro							
54085	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	1.715.000	100.000	1.815.000	1.715.000	100.000	1.815.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 8							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 1:							
	In 2016/2017 jeweils 100.000 Euro							
68316	Förderung des Berlin-Marketing	9.970.000	1.100.000	11.070.000	9.970.000	1.100.000	11.070.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 5							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 2:							
	In 2016/2017 jeweils + 500.000 Euro							
	<input type="checkbox"/>							
	Ergänzung der Titelerläuterungen:							
	Die Mittel von 500.000 Euro werden der BTK zusätzlich zu den bereits für Kongressmarketing verwendeten Mitteln von 1.450.000 Euro für das Kongressmarketing jährlich zur Verfügung gestellt.							
	RNr 1900 CY lfd. Nr. 8							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 500.000 Euro							
	RNr 1900 DY lfd. 11							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016/2017 jeweils + 100.000 Euro							
	<input type="checkbox"/>							
	Mittel in Höhe von 100.000 Euro p. a. sollen zur Finanzierung und Professionalisierung des Industriesalons Oberschöneweide verwendet werden, der der touristischen, kulturellen und Image-Entwicklung von Schöneweide dient.							
68317	Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben Verpflichtungsermächtigungen	1.630.000 2.300.000	350.000 350.000	1.980.000 2.650.000	1.330.000 1.650.000	350.000 0	1.680.000 1.650.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 6							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 6:							
	In 2016/2017 jeweils + 350.000 Euro							
	<input type="checkbox"/>							
	VE 2016: + 350.000 Euro							
	2017: + 350.000 Euro							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
68542	Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation	1.649.000	250.000	1.899.000	1.665.000	250.000	1.915.000	
	RNr. 1900 AN-2 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Zu Nr. 4: <input type="checkbox"/>							
	in 2016/2017 jeweils 250.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 250.000 Euro in 2016 und 2017 sind vorrangig für Maßnahmen einzusetzen, die Flüchtlingen eine Berufsbildung oder berufliche Fortbildung ermöglichen.							
1330	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Landesunternehmen und Strukturpolitik -							
12126	Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts	71.000.000	21.700.000	92.700.000	77.300.000	23.700.000	101.000.000	
	RNr 1900 CO lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/>							
	In 2016: + 7.300.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	In 2017: + 6.300.000 Euro							
	RNr 1900 DP lfd. 2 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	In 2016 + 14.400.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	In 2017 + 17.400.000 Euro							
52136	Anteil an der Straßenreinigung	90.000.000	7.300.000	97.300.000	91.000.000	7.300.000	98.300.000	
	RNr 1900 CO lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Nr. 4 (neu): <input type="checkbox"/>							
	Zusätzliche Reinigung von Parkanlagen sowie Beseitigung von Verschmutzungen an ausgewählten touristischen Schwerpunkten, die über das normale Maß hinausgehen <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	Sperrvermerke: <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 7.300.000 Euro gesperrt. <input type="checkbox"/>							
	Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 7.300.000 Euro gesperrt.							
68307	Wirtschaftsförderung	2.400.000	-1.390.000	1.010.000	2.450.000	-1.272.000	1.178.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 9 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 1 und 2: <input type="checkbox"/>							
	In 2016: - 1.390.000 Euro <input type="checkbox"/>							
	In 2017: - 1.272.000 Euro							
1340	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Technologie und Forschung -							
68516	Zuschüsse zur gezielten Forschungsförderung	1.800.000	0	1.800.000	1.800.000	0	1.800.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 10 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 6: <input type="checkbox"/>							
	Ergänzung der Titelerläuterung (nach letztem Absatz): <input type="checkbox"/>							
	Die Mittel zu Punkt 6 beinhalten mit 300.000 Euro den Anteil Berlins zur Finanzierung der Geschäftsstelle des Forums Transregionale Studien.							
68546	Zuschüsse an fächerübergreifende Organisationen in Wissenschaft und Forschung	55.198.000	0	55.198.000	54.898.000	0	54.898.000	
	RNr 1900 AN lfd. Nr. 11 <input type="checkbox"/>							
	<input type="checkbox"/>							
	zu Nr. 2: <input type="checkbox"/>							
	Ergänzung der Titelerläuterung: <input type="checkbox"/>							
	Der Teilansatz enthält anteilige Mittel für 2016 in Höhe von 1.300.000 Euro und für 2017 in Höhe von 900.000 Euro für die Erweiterung der apparativen Ausstattung der Optischen Halbleitertechnologie am Fraunhofer HHI.							

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017					
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR				
15 Finanzen												
1510 Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -												
68347	Zuschuss an die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH Verpflichtungsermächtigungen	6.600.000 0	1.500.000 0	8.100.000 0	6.732.000 0	2.000.000 10.000.000	8.732.000 10.000.000					
<p>RNr 1900 DB lfd. 9 <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>VE 2017: 10.000.000 Euro <input type="checkbox"/></p> <p>2018: 5.000.000 Euro <input type="checkbox"/></p> <p>2019: 5.000.000 Euro <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>In Höhe von 1,5 Mio. Euro in 2016 und 2 Mio. Euro in 2017 sind die Zuschüsse investiv gebunden und dienen der Umsetzung von Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen (verbindliche Erläuterung).</p>												
21 Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit												
2100 Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit												
42100	Amtsbezüge	103.000	-3.800	99.200	106.000	-4.000	102.000					
<p>RNr 1900 CQ Teil 1 der Anlage: lfd. Nr. 1 <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>In 2016/2017 jeweils - 3.770 Euro <input type="checkbox"/></p> <p>(Anmerkung: Gemäß Rundungsvorschrift beträgliche Anpassung in 2016 von - 3.770 Euro auf - 3.800 Euro und in 2017 statt -3.770 Euro auf -4.000 Euro) <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>In 2016/2017 jeweils beim Datenschutzbeauftragte/r AT-01 <input type="checkbox"/></p> <p>Stellenvermerke</p> <p>+ 0601 Bezüge in Höhe des Grundgehals der BesGr. B 5 <input type="checkbox"/></p> <p>- 0606 Bezüge in Höhe des Grundgehals der BesGr. B 6</p>												
42201	Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	1.041.000	-4.000	1.037.000	1.069.000	-4.000	1.065.000					
<p>RNr 1900 CQ Teil 1 der Anlage: lfd. Nr. 2 <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>In 2016/2017 jeweils - 3.980 Euro <input type="checkbox"/></p> <p>(Anmerkung: Gemäß Rundungsvorschrift beträgliche Anpassung in 2016/2017 jeweils von - 3.980 Euro auf - 4.000 Euro) <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>Leitende/r Senatsrätin/-rat BesGr. B 3 jeweils in 2016/2017 - 1.000 Planstelle <input type="checkbox"/></p> <p>Senatsrätin/-rat BesGr. B 2 jeweils in 2016/2017 + 1.000 Planstelle</p>												
2101 Landesbeauftragte/r (LStU)												
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	761.000	0	761.000	761.000	80.000	841.000					
<p>RNr 1900 CY Nr. 9</p>												
27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke												
2703 Aufwendungen der Bezirke - Regierende/r Bürgermeister/in -												
68621	Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten	635.000	50.000	685.000	635.000	50.000	685.000					
<p>RNr 1900 AC <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>zu Nr.2: <input type="checkbox"/></p> <p>In 2016/2017 jeweils + 30.000 Euro</p> <p>RNr 1900 DA Nr. 6 <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>zu Nr. 5 <input type="checkbox"/></p> <p>In 2016/2017 jeweils + 20.000 Euro</p>												

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
2705 Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport -								
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigtene	0	1.800.000	1.800.000		0	1.800.000	1.800.000
RNr 1900 DA lfd. Nr. 13 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Pro Bezirk werden drei zusätzliche Stellen zweckgebunden für die Bürgerämter bereitgestellt. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Werden die Stellen nicht fristgerecht (zum Ende des 2. Quartals) in einem Bezirk besetzt, können andere Bezirke auf diese Stellen zugreifen (verbindliche Erläuterung). <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Stellenplanmäßige Anpassungen: <input type="checkbox"/> Zwischenüberschrift "Beschäftigungspositionen für die Bürgerämter" <input type="checkbox"/> In 2016: <input type="checkbox"/> EntGr. E5 - E8 + 36.000 Beschäftigungspositionen <input type="checkbox"/> In 2017: <input type="checkbox"/> EntGr. E5 - E8 + 36.000 Beschäftigungspositionen								
51915	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm (SSSP) -	8.988.000	4.500.000	13.488.000		8.988.000	9.000.000	17.988.000
RNr 1900 DA lfd. Nr. 16 <input type="checkbox"/> RNr 1900 DT lfd. Nr. 3								
2712 Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung und Umwelt -								
52130	Unterhaltung des Straßenlandes - Sonderprogramm Straßensanierung	25.000.000	0	25.000.000		25.000.000	0	25.000.000
RNr 1900 CY lfd. Nr. 10 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Veränderung der Erläuterung: <input type="checkbox"/> Die Ausgaben sind für die Bezirke zur Sanierung von Straßen (Schlaglochbeseitigung) und Gehwegen vorgesehen. Es handelt sich um Einzelmaßnahmen, die in Abstimmung mit den Bezirken ermittelt werden. Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.								
72004	Umgestaltung von Stadtplätzen	1.200.000	1.800.000	3.000.000		1.300.000	1.700.000	3.000.000
RNr 1900 CH lfd. Nr. 22								

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
2729 Zuweisungen an die Bezirke								
97101 Pauschale Mehrausgaben		151.029.000	61.800.000	212.829.000		236.151.000	94.900.000	331.051.000
a) RNR 1900 DF lfd. Nr. 15 <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> In 2016: <input type="checkbox"/>								
a1) + 20.000.000 Euro <input type="checkbox"/>								
a2) + 13.000.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> In 2017: <input type="checkbox"/>								
a1) + 40.000.000 Euro <input type="checkbox"/>								
a2) + 40.500.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> a1) Der Personalschlüssel für den Krippenbereich (U3) wird stufenweise ab 2016 verbessert, so dass die Erzieher-Kind-Relation um mindestens 1 Kind je VZÄ angepasst wird; der Senat legt einen Gesetzesentwurf zur Änderung des deds KitaFöG und der VOKitaFöG vor (verbindliche Erläuterung). <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> Diesbezügliche Ausgaben in Höhe von 22,5 Mio. Euro in 2016 (2,5 Mio. Euro Senatsentwurf) und 49 Mio. Euro in 2017 (9 Mio. Euro Senatsentwurf) dürfen nur erfolgen, soweit die tatsächliche Verbesserung des Personalschlüssels im U3-Bereich durch tatsächliche Neueinstellungen oder Veränderungen der Arbeitszeit von vorhandenem Personal und Einsatz dieser im U3-Bereich belegt ist, worüber dem Hauptausschuss jährlich trägerschaft zu berichten ist (verbindliche Erläuterung). <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> a2) Die bestehende Beitragsfreiheit für die 3 Jahre vor der Einschulung wird stufenweise ab dem Kitajahr 2016/2017 erweitert, so dass ab Kitajahr 2016/2017 das 4. Jahr vor der Einschulung, ab dem Kitajahr 2017/2018 das 5. Jahr vor der Einschulung und ab dem Kitajahr 2018/2019 das 6. Jahr vor der Einschulung kostenfrei sind (Kita und Tagespflege, bis auf Essensbeitrag von 23 Euro pro Monat); der Senat legt einen Gesetzesentwurf zur Änderung des TKBG mit dieser schrittweisen Gebührenabschaffung bis zur vollständigen Gebührenfreiheit vor (verbindliche Erläuterung). <input type="checkbox"/>								
b) RNR 1900 DP lfd. Nr. 3 <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> In 2016: + 28.500.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> In 2017: + 14.100.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> (Betriebskosten kita) <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> c) RNR 1900 DZ-1 lfd. Nr. 10 <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> In 2016/2017 jeweils + 300.000 Euro <input type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/> Förderung einer Bibliothek im Rathaus Friedenau oder anderer Bibliotheksstandorte im Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit jeweils 300.000 Euro in 2016 und 2017 (verbindliche Erläuterung). <input type="checkbox"/>								

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten							
2900 Steuern und Finanzausgleich							
01100 Lohnsteuer	RNr 1900 DR	3.187.500.000	-17.000.000	3.170.500.000	3.374.500.000	-21.250.000	3.353.250.000
01300 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Gruppe 018)	RNr 1900 DR	225.000.000	35.000.000	260.000.000	230.000.000	40.000.000	270.000.000
01400 Körperschaftsteuer	RNr 1900 DR	490.000.000	-25.000.000	465.000.000	500.000.000	10.000.000	510.000.000
01500 Umsatzsteuer	RNr 1900 DR	2.805.000.000	271.000.000	3.076.000.000	3.056.000.000	126.000.000	3.182.000.000
01600 Einfuhrumsatzsteuer	RNr 1900 DR	988.000.000	11.000.000	999.000.000	1.022.000.000	17.000.000	1.039.000.000
01700 Gewerbesteuerumlage an das Land	RNr 1900 DR	81.000.000	-1.000.000	80.000.000	83.000.000	-1.000.000	82.000.000
01800 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	RNr 1900 DR	121.000.000	30.800.000	151.800.000	118.800.000	33.000.000	151.800.000
05200 Erbschaftsteuer	RNr 1900 DR	215.000.000	25.000.000	240.000.000	220.000.000	30.000.000	250.000.000
05300 Grunderwerbsteuer	RNr 1900 DR	840.000.000	110.000.000	950.000.000	850.000.000	120.000.000	970.000.000
07100 Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	RNr 1900 DR	1.413.000.000	-6.000.000	1.407.000.000	1.491.000.000	-7.500.000	1.483.500.000
07300 Grundsteuer B	RNr 1900 DR	800.000.000	-10.000.000	790.000.000	810.000.000	-10.000.000	800.000.000
07500 Gewerbesteuer	RNr 1900 DR	1.620.000.000	-20.000.000	1.600.000.000	1.660.000.000	-20.000.000	1.640.000.000
07600 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	RNr 1900 DR	187.800.000	1.100.000	188.900.000	193.700.000	40.700.000	234.400.000
07700 Gewerbesteuerumlage	RNr 1900 DR	-138.300.000	1.700.000	-136.600.000	-141.700.000	1.700.000	-140.000.000
07800 Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	RNr 1900 DR	33.000.000	8.400.000	41.400.000	32.400.000	9.000.000	41.400.000
08901 Übernachtungsteuer	RNr 1900 DR	37.000.000	7.000.000	44.000.000	39.000.000	7.000.000	46.000.000
21102 Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Abs. 2 FAG	RNr 1900 DR	1.187.000.000	-22.000.000	1.165.000.000	1.233.000.000	-10.000.000	1.223.000.000
21201 Ausgleichszuweisungen der Länder	RNr 1900 DR	3.747.000.000	-116.000.000	3.631.000.000	3.889.000.000	-72.000.000	3.817.000.000

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
2902 Darlehen und Schuldendienst							
32500 Kreditmarktmittel		-77.752.000	-1.609.000	-79.361.000	-64.513.000	-18.830.000	-83.343.000
	RNr. 1900 EB lfd. Nr. 1						
57504 Auszahlungsabgelder		17.818.000	-7.291.000	10.527.000	17.459.000	-7.291.000	10.168.000
	RNr. 1900 EC lfd. Nr. 1						
2910 Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten							
37101 Pauschale Mehreinnahmen		27.500.000	-27.500.000	0	27.500.000	-27.500.000	0
	RNr 1900 DR						
38100 Saldoausgleich für interne Verrechnungen		1.162.000	750.000	1.912.000	1.162.000	954.000	2.116.000
	RNr. 1900 DV lfd. Nr. 1						
88401 Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)		1.000	89.930.000	89.931.000	1.000	66.170.000	66.171.000
	RNr. 1900 EC lfd. Nr. 2						
	Neue Erläuterung: Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA ErrichtungsG) werden dem Sondervermögen wegen geplanter Finanzierungsüberschüsse von 169,93 Mio. Euro in 2016 und 146,17 Mio. Euro in 2017 die Überschüsse abzüglich 80 Mio. Euro zugeführt.						
97115 Pauschale Mehrausgaben zum Ausgleich der Rundungsdifferenz		0	600	600	0	100	100
	RNr. 1900 EC lfd. Nr. 3						
97203 Pauschale Minderausgaben		0	-949.000	-949.000	0	-945.000	-945.000
	RNr 1900 CY-1 Nr. 4						
98100 Saldoausgleich für interne Verrechnungen		1.200	-1.100	100	1.200	-400	800
	RNr. 1900 DV lfd. Nr. 2						
2930 Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen							
42201 Beziehe der planmäßigen Beamten/Beamtinnen		0	600.000	600.000	0	600.000	600.000
	RNr 1900 DS lfd. Nr 1 □						
	□						
	Stellenplanmäßige Veränderungen□						
	Teilplan A□						
	□						
	Leitende(r) Senatsrätin/-rat B4□						
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0108)□						
	□						
	Senatsrätin/-rat B2□						
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0108)□						
	□						
	Leitende(r) Regierungsdirektor/in A16□						
	In 2016/2017 jeweils + 2,000 Stellen sowie jeweils + 2,000 Stellenvermerke (0108)□						
	□						
	Oberregierungsrätin/-rat A14□						
	In 2016/2017 jeweils + 2,000 Stellen sowie jeweils + 2,000 Stellenvermerke (0108)□						
	□						
	Regierungsrätin/-rat A13□						
	In 2016/2017 jeweils + 1,000 Stelle sowie jeweils + 1,000 Stellenvermerk (0108)□						
	□						
	Amtsäratin/-rat A12□						
	In 2016/2017 jeweils + 4,000 Stellen sowie jeweils + 4,000 Stellenvermerke (0108)						
46101 Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben		0	40.400.000	40.400.000	0	24.400.000	24.400.000
	RNr 1900 DS lfd. Nr. 1						

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
54801	Pauschale Merausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen Verpflichtungsermächtigungen	0 0	139.100.000 130.000.000	139.100.000 130.000.000	0 0	97.000.000 130.000.000	97.000.000 130.000.000
	RNr 1900 DP lfd. Nr. 4						
	□						
	Sperrvermerk:						
	Die Verpflichtungsermächtigungen in 2016 und 2017 sind in Höhe von jeweils 130.000.000 Euro gesperrt.						
54802	Pauschale Mehrausgaben für die Integration von Flüchtlingen	0	12.400.000	12.400.000	0	10.900.000	10.900.000
	RNr 1900 DP lfd. Nr. 5						
	□						
	Die Mittel sollen beispielsweise für das "Pilotprojekt zur Beratung geflüchteter Frauen" an der Charité (150.000 Euro), für Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen zur Aufstockung der Beratungsinfrastruktur für Geflüchtete in der Stadt (300.000 Euro), für das Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (BNS) (370.000 Euro); für Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren zur Entwicklung von Strukturen der Willkommenskultur (50.000 Euro) sowie für das gesamtstädtische Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) des LSVD für die Organisation und Koordination des zivilgesellschaftlichen Engagements und Integration bei den besonders schutzbedürftigen homosexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Flüchtlingen (50.000 Euro) verwendet werden.						
71905	Pauschale Mehrausgaben für Investitionen für die Schaffung von Wohnraum und Unterbringung von Flüchtlingen	0	31.500.000	31.500.000	0	56.500.000	56.500.000
	RNr 1900 DP lfd. Nr 6						
89370	Zuschüsse für Investitionen an Träger im Rahmen des Kitaausbauprogramms Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0 30.000.000	0 30.000.000	0 0	0 30.000.000	0 30.000.000
	RNr 1900 DP lfd. Nr. 7						
	□						
	Sperrvermerk:						
	Die Verpflichtungsermächtigungen in 2016 und 2017 sind in Höhe von jeweils 30.000.000 Euro gesperrt						
2940	Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten						
46201	Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben	0	-85.000.000	-85.000.000	0	-85.000.000	-85.000.000
	RNr 1900 DB lfd. Nr. 10						
2990	Vermögen						
91903	Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	RNr 1900 DT lfd. Nr. 20						
2991	Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin						
12121	Rückfluss aus dem Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB)	205.056.000	-9.660.000	195.396.000	213.689.000	-13.250.000	200.439.000
	RNr 1900 DQ lfd. Nr. 1						

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR	neu EUR		Veränderungen EUR	neu EUR
BEZIRKE (RNR 1900 CB)							
31 Mitte							
33 Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich -							
3306 Serviceeinheit Facility Management							
71501 Energetische Sanierung der Fenster, Bürodienstgebäude Müllerstraße 146		277.000	-277.000	0	385.000	0	385.000
37 Schul- und Sportamt							
3704 Gymnasien							
71500 Neubau der Sporthalle, Lessing-Gymnasium		560.000	-560.000	0	414.000	0	414.000
3715 Sportförderung							
71518 Errichtung eines Ergänzungsbaus zum Funktionsgebäude, Stade Napoléon		160.000	-160.000	0	190.000	0	190.000
38 Straßen- und Grünflächenamt							
3800 Tiefbau und Straßenverwaltung							
73852 Grundhafte Erneuerung der Soldiner Straße von Prinzenallee bis Drontheimer Straße		100.000	-100.000	0	428.000	0	428.000
40 Jugendamt							
4011 Einrichtungen der Jugendarbeit							
71506 Energetische Sanierung "Haus der Jugend", Reinickendorfer Straße		236.000	-236.000	0	550.000	0	550.000
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten							
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten							
38530 Zuweisungen für Investitionen		9.647.000	0	9.647.000	10.147.000	1.000.000	11.147.000
71901 Pauschale Zuweisungen für Investitionen		0	1.333.000	1.333.000	0	0	0
71902 Pauschale Mehrausgaben für Bauinvestitionen des Hochbaus		2.000.000	0	2.000.000	0	1.000.000	1.000.000
32 Friedrichshain-Kreuzberg							
37 Schul- und Sportamt							
3702 Sekundarschulen							
71501 Umbau und Schaffung von Arbeitsräumen, Georg-Werth-Schule, Eckertstraße		100.000	-100.000	0	905.000	0	905.000
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten							
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten							
71901 Pauschale Zuweisungen für Investitionen		565.000	100.000	665.000	275.000	0	275.000
33 Pankow							
37 Schul- und Sportamt							
3701 Grundschulen							
11110 Kostenbeteiligung nach dem TKBG für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)		9.500.000	0	9.500.000	9.838.000	-30.000	9.808.000
40 Jugendamt							
4042 Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte nach SGB VIII und Inobhutnahme							
67176 Krankenhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz		100.000	61.000	161.000	100.000	60.000	160.000
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten							
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten							
46101 Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben		0	0	0	0	110.000	110.000
97101 Pauschale Mehrausgaben	Vorsorgebetrag zum Ausgleich einer Unterveranschlagung im Bereich der Bewirtschaftungsausgaben (A08)□ 2016/2017: Ein Betrag von 1.207.000 € ist im Rahmen der Haushaltswirtschaftsfähigkeit zutreffenden Kapitel, Titel für Bewirtschaftungsausgaben (A08) zu verlagern.	0	1.207.000	1.207.000	0	1.207.000	1.207.000
97203 Pauschale Minderausgaben		-21.874.000	-1.268.000	-23.142.000	0	-1.407.000	-1.407.000

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
34 Charlottenburg-Wilmersdorf								
33 Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich -								
3306 Serviceeinheit Facility Management								
71502 Rathaus Charlottenburg Bücherei - Glasdacherneuerung einschließlich Lüftung, Entrauchung und Beleuchtung		750.000	-750.000	0	0	0	0	0
37 Schul- und Sportamt								
3704 Gymnasien								
71526 Fenster- und Fassadensanierung nach Vorgaben des Denkmalschutzes im Goethe-Gymnasium Gasteiner Straße 23		430.000	-430.000	0	430.000	0	430.000	0
71527 Sanierung der Schulsport halle Wald-Oberschule, Waldschul- allee 95		800.000	-800.000	0	600.000	0	600.000	0
3715 Sportförderung								
71514 Neu- und Umbau des Hubertussportplatzes		1.200.000	-1.200.000	0	450.000	0	450.000	0
38 Straßen- und Grünflächenamt								
3800 Tiefbau und Straßenverwaltung								
73838 Fahrbahnerneuerung der Konstanzer Straße zwischen Lietzenburger Straße und Brandenburgische Straße		550.000	-550.000	0	297.000	0	297.000	0
73850 Fahrbahnerneuerung des Kurfürstendamm zw. Wielandstraße und Knesebeckstraße, sowie zw. Joachimstaler Straße und Breitscheidplatz		700.000	-700.000	0	600.000	0	600.000	0
3810 Landschaftsplanung, Grün- und Freiflächen								
71669 Neubau (Ersatzbau) des Preussenparkes einschl. der Wiederherstellung der Wegeflächen und des Rahmengrüns nach historischen Vorgaben		500.000	-500.000	0	480.000	0	480.000	0
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
37101 Pauschale Mehreinnahmen		2.300.000	-2.300.000	0	2.300.000	-2.300.000	0	0
71901 Pauschale Zuweisungen für Investitionen		0	4.930.000	4.930.000	0	0	0	0
97203 Pauschale Minderausgaben		-3.747.000	-2.300.000	-6.047.000	-7.501.000	-2.300.000	-9.801.000	0
35 Spandau								
33 Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich -								
3390 Personalüberhang								
42250 Fluktuationsanreiz zur vorzeitigen Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen für Beamte/Beamteninnen		1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	0
46101 Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben		0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
37 Schul- und Sportamt								
3704 Gymnasien								
71500 Carl-Friedrich-von-Siemens-Gymnasium: Umbau und Sanierung der Schulanlage; Jungfernheideweg		100.000	-100.000	0	1.200.000	0	1.200.000	0
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
71901 Pauschale Zuweisungen für Investitionen		0	100.000	100.000	0	0	0	0
36 Steglitz-Zehlendorf								
37 Schul- und Sportamt								
3701 Grundschulen								
71540 Neubau einer 2-fach Sporthalle am Standort der Grundschule am Karpfenteich		1.000.000	-250.000	750.000	1.200.000	0	1.200.000	0
71542 Grundschule am Stadtpark Steglitz: Neubau einer 2-Feld-Sporthalle (Ersatzbau); Karl-Stieler-Straße 10-11		500.000	-500.000	0	1.700.000	0	1.700.000	0
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
37201 Pauschale Mindereinnahmen		0	-640.000	-640.000	0	-640.000	-640.000	0
71901 Pauschale Zuweisungen für Investitionen		0	750.000	750.000	0	0	0	0
97203 Pauschale Minderausgaben		0	-640.000	-640.000	0	-640.000	-640.000	0

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017	
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR
37 Tempelhof-Schöneberg								
36 Amt für Weiterbildung und Kultur								
3640 Bibliotheken								
71501 Umbau und Sanierung der Bezirkszentralbibliothek, Götzstraße		250.000	-250.000	0	1.200.000	0	1.200.000	
37 Schul- und Sportamt								
3715 Sportförderung								
71518 Neubau eines Kabinentraktes Halker Zeile		250.000	-250.000	0	1.750.000	0	1.750.000	
38 Straßen- und Grünflächenamt								
3810 Landschaftsplanung, Grün- und Freiflächen								
71602 Umbau des Heinrich-Lassen Park		800.000	-800.000	0	650.000	0	650.000	
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
71901 Pauschale Zuweisungen für Investitionen		266.000	1.300.000	1.566.000	0	0	0	0
39 Treptow-Köpenick								
37 Schul- und Sportamt								
3700 Schule und Sport								
51404 Härtefallfonds Schulmittagessen		0	25.000	25.000	0	25.500	25.500	
3701 Grundschulen								
51404 Härtefallfonds Schulmittagessen		20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	
3705 Sonderpädagogische Förderzentren								
51404 Härtefallfonds Schulmittagessen		5.000	-5.000	0	5.500	-5.500	0	
38 Straßen- und Grünflächenamt								
3800 Tiefbau und Straßenverwaltung								
72072 Neubau des 1. Abschnitts der Ost-West-Trasse zwischen Straße An der Wuhlheide und Mahlsdorfer Straße		1.000.000	-1.000.000	0	1.000.000	0	1.000.000	
39 Amt für Soziales								
3912 Leistungen nach SGB XII und LPfIgg in Einrichtungen								
67126 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB XII und AsylbLG		25.876.000	529.000	26.405.000	26.471.000	529.000	27.000.000	
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten								
46101 Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben		0	0	0	0	925.000	925.000	
71901 Pauschale Zuweisungen für Investitionen		0	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0
97203 Pauschale Minderausgaben		-2.300.000	-529.000	-2.829.000	-1.100.000	-1.454.000	-2.554.000	
40 Marzahn-Hellersdorf								
33 Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich -								
3304 Serviceeinheit Personal								
42201 Beziege der planmäßigen Beamten/Beamtinnen		912.000	-68.000	844.000	1.002.000	-135.000	867.000	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)		703.000	68.000	771.000	653.000	135.000	788.000	
36 Amt für Weiterbildung und Kultur								
3630 Kultur								
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Verpflichtungsermächtigungen		626.000	0	626.000	699.000	0	699.000	0
		0	4.295.000	4.295.000	3.796.000	-3.796.000	0	
37 Schul- und Sportamt								
3701 Grundschulen								
70116 Achard Grundschule Wiederherstellung Nutzungsfähigkeit; Adolfstraße 25		0	2.454.000	2.454.000	0	4.046.000	4.046.000	
3702 Sekundarschulen								
70115 Einrichtung einer integrierten Sekundarschule(ISS)mit SEK II, Straße an der Schule 41-59, 12623 Berlin-Mahlsdorf		5.700.000	-5.700.000	0	0	8.700.000	8.700.000	

Abgeordnetenhaus von Berlin - 17. Wahlperiode

Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans für 2016/2017

Kapitel Titel	Bezeichnung	bisher EUR	2016		neu EUR	bisher EUR	2017					
			Veränderungen EUR				Veränderungen EUR	neu EUR				
39 Amt für Soziales												
3911 Leistungen nach SGB XII und LPfIGG außerhalb von Einrichtungen												
68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	13.210.000	602.000	13.812.000	14.087.000	0	14.087.000					
3912 Leistungen nach SGB XII und LPfIGG in Einrichtungen												
67126	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB XII und AsylbLG	31.079.000	355.000	31.434.000	33.030.000	0	33.030.000					
40 Jugendamt												
4042 Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte nach SGB VIII und Inobhutnahme												
67176	Krankenhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	190.000	76.000	266.000	190.000	76.000	266.000					
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten												
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten												
13110	Erlösbeteiligung der Bezirke aus der Veräußerung von Grundstücken	2.550.000	-962.000	1.588.000	2.550.000	-1.161.000	1.389.000					
37101	Pauschale Mehreinnahmen	0	0	0	0	12.746.000	12.746.000					
46101	Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben	0	319.000	319.000	0	995.000	995.000					
71901	Pauschale Zuweisungen für Investitionen	1.435.000	3.246.000	4.681.000	1.210.000	0	1.210.000					
Sperrvermerk: Die Ausgaben sind in 2016 in Höhe von 3.246 T € gesperrt. Die Aufhebung der Sperre ist nur durch die SenFin nach zustimmender Kenntnisnahme des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses möglich (qualifizierter Sperrvermerk).												
97101	Pauschale Mehrausgaben Vorsorgebetrag zum Ausgleich einer Unterveranschlagung im Bereich Hilfen zur Erziehung	0	280.000	280.000	0	0	0	0				
2016: Ein Betrag von 280.000 € ist für 2016 im Rahmen der Haushaltswirtschaft in die zutreffenden Kapitel, Titel für Hilfen zur Erziehung zu verlagern.												
97107	Pauschale Mehrausgaben zur Finanzierung von Defiziten aus Vorjahren	3.400.000	0	3.400.000	766.000	-766.000	0					
97108	Ausgleich des Konsolidierungsdefizits des vorletzten Haushaltjahrs	0	0	0	0	766.000	766.000					
Sperrvermerk: Die Ausgaben sind in 2017 in Höhe von 766.000 Euro gesperrt. Die Aufhebung der Sperre ist nur durch die SenFin nach zustimmender Kenntnisnahme des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses möglich (qualifizierter Sperrvermerk).												
97203	Pauschale Minderausgaben	-6.170.000	-2.594.000	-8.764.000	-2.390.000	-2.377.000	-4.767.000					
4510 Verwaltung von Finanzvermögen												
12401	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.438.000	0	1.438.000	1.438.000	-145.000	1.293.000					
41 Lichtenberg												
37 Schul- und Sportamt												
3705 Sonderpädagogische Förderzentren												
51420	Beköstigung	500.000	49.000	549.000	580.000	0	580.000					
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten												
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten												
97203	Pauschale Minderausgaben	0	-49.000	-49.000	-10.822.000	0	-10.822.000					
98420	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien	6.810.000	-6.670.000	140.000	6.810.000	-6.670.000	140.000					
98440	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen	140.000	6.670.000	6.810.000	140.000	6.670.000	6.810.000					
42 Reinickendorf												
38 Straßen- und Grünflächenamt												
3800 Tiefbau und Straßenverwaltung												
72505	Neubau der Oranienburger Straße von Tessenowstraße bis Wittenauer Straße	1.000.000	-1.000.000	0	1.000.000	0	1.000.000					
40 Jugendamt												
4042 Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte nach SGB VIII und Inobhutnahme												
67156	Tagesgruppen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	1.265.000	-15.000	1.250.000	1.265.000	-15.000	1.250.000					
67176	Krankenhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	95.700	35.300	131.000	95.700	35.300	131.000					
67178	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	120.000	-20.300	99.700	120.000	-20.300	99.700					
45 Allgemeine Finanzangelegenheiten												
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten												
71901	Pauschale Zuweisungen für Investitionen	0	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0				